

**ANTRAGSBUCH**

**2. ordentliche  
Landesdelegiertenkonferenz 2017**

Schloss 19 | Schlosstraße 19 | 14057 Berlin





# Inhalt

---

Anträge .....	5
Antragsbereich Initiativanträge .....	6
Ini1_2/17 Auf in eine neue Zeit – Wir stellen die SPD inhaltlich, organisationspolitisch und personell neu auf!.....	6
Antragsbereich B: Bildung .....	8
B1_2/17 Arbeiter*innenbewegung, Arbeitskampf und betriebliche Mitbestimmung als verpflichtende Module im Unterricht verankern .....	8
B2_2/17 Politische Bildung für alle! – Für einen Politikunterricht ab Klasse 7 .....	10
B4_2/17 Lehrkräftemangel war gestern - Für eine zukunftsorientierte Lehramtsausbildung!..	12
Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation und Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen .....	17
D1_2/17 „Adels“-zusätze in Namen endgültig streichen: Republikanismus und soziale Gerechtigkeit leben .....	17
Antragsbereich F: Feminismus, Gleichstellung .....	19
F1_2/17 Rechtssicherheit auch ohne Trauschein - Gleichstellung von alternativen Lebensgemeinschaften.....	19
F2_2/17 „Dirty Diaries“ auch in Deutschland!.....	21
Antragsbereich I: Inneres, Verwaltung .....	23
I2_2/17 Austritt aus der Kirche erleichtern - Kostenloser Kirchenaustritt jetzt!.....	23
Antragsbereich M: Flucht, Asyl und Migration .....	25
M1_2/17 Binnengeflüchtete schützen: Internationale Unterstützung garantieren und Staaten in die Pflicht nehmen!.....	25
M3_2/17 Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!.....	31
Antragsbereich O: Organisation und Parteireform .....	37
O1_2/17 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Parteiausschlusskriterium machen	37
O2_2/17 Einführung eines basisdemokratischen verbindlichen Mitgliedervotums zur Wahl des SPD Parteivorsitzes.....	38
Antragsbereich S: Sport, Freizeit, Kultur .....	40
S1_2/17 eSport den Status der Gemeinnützigkeit zusprechen.....	40
Antragsbereich T: Teilhabe und soziale Gerechtigkeit .....	41
T1_2/17 Beweislast beim BerlinPass-BuT umkehren – Bildungszugang erleichtern! .....	41
T2_2/17 Öffentlichen Zugang zu Trinkwasser verbessern.....	42
T4_2/17 Kinder haben ein Recht auf einen vollen Magen: kostenfreies Mittagessen jetzt!.....	43
T5_2/17 Zwangspoolung abschaffen – Selbstbestimmung garantieren! .....	47
T6_2/17 Wohnungslosigkeit verhindern! .....	49

T8_2/17 „Ruf die Hebamme an! Wie denn? Wir ham keene mehr!“ .....	51
Antragsbereich U: Umwelt und Verbraucher*innenschutz .....	54
U1_1/17 Atmosphäre als kostenloses Treibhausgas Endlager? – Treibhausgas-Steuer, jetzt!....	54
U2_2/17 Act smart – get safe: Gerätehersteller*innen verpflichten, Verbraucher*innen schützen!.....	56
U3_2/17 Autoverkehr – aber bitte klimafreundlich! oder Die Zukunft ist emissionsfrei!.....	58
Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität .....	60
V1_2/17 Sicherheit für Radfahrer*innen an Kreuzungen kurzfristig und dauerhaft verbessern	60
V2_2/17 Mehr Mobilität wagen!.....	62

# Anträge

---

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **Ini1\_2/17 Auf in eine neue Zeit – Wir stellen die SPD inhaltlich, organisationspolitisch und personell neu auf!**

1 Nach dem dritten „historisch schlechten“ Bundestagswahlergebnis der SPD in Folge, sowie dem  
2 richtigen Schritt in die Opposition, liegt der größte Teil der Aufarbeitungsarbeit noch vor uns. Klar  
3 ist, dass eine SPD mit knapp über 20 Prozent der Wähler\*innenstimmen nicht mehr die  
4 gesellschaftlich gestaltende Kraft sein kann, die sie sein müsste. In den letzten 20 Jahren hat die  
5 SPD die Hälfte ihrer Wähler\*innenschaft und auch ihrer Mitglieder eingebüßt.

6 Ein Blick auf unsere europäischen Schwesterparteien zeigt, dass die SPD mit dieser Entwicklung  
7 nicht alleine dasteht: die Partei der Arbeit (PdvA) erlangte bei den Parlamentswahlen in den  
8 Niederlanden 2017: 5,7%, die Sozialistische Partei (PS) bei den Parlamentswahlen in Frankreich  
9 2017: 5,7%, die Vereinigte Linke (ZL) bei den Parlamentswahlen in Polen 2015: 7,6%, die  
10 Demokratische Koalition aus PASOK und DIMAR bei den Parlamentswahlen in Griechenland,  
11 September 2015: 6,28%.

12 Diese erschreckenden Zahlen führen deutlich vor Augen, dass auch bei knapp 20 Prozent der  
13 Sinkflug noch nicht abgeschlossen sein muss. Diese Reihe zeigt aber auch, dass auch wenn  
14 Debatten über einzelne Personen und Kampagnen wichtig sind, diese nur einen gewissen Anteil  
15 der Ergebnisse erklären können. Offenbar haben große Teile der Sozialdemokratie ein Problem,  
16 überzeugende Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden und schaffen es nicht,  
17 ihre Altlasten aus den 2000er- Jahren neoliberaler Verirrung glaubwürdig hinter sich zu lassen.

18 Auch in Deutschland konnten 80 Prozent der Wähler\*innen nach dem Wahlkampf 2017 nicht  
19 sagen, was die SPD unter dem Begriff der „Sozialen Gerechtigkeit“ versteht.

20 Ein Potpourri an links angehauchten Forderungen reicht nicht aus um zu überzeugen, wie wir an  
21 den Wahlprogrammen 2013 und 2017 gesehen haben: sie enthielten viele gute Forderungen, doch  
22 weder waren diese besonders mutig, noch verband sie ein erkennbarer roten Faden.

23 Selbst bei hohen Zustimmungswerten zu einzelnen Reformvorhaben und einem sympathischen  
24 Kandidaten wissen die Menschen nicht, was für eine Gesellschaft die SPD eigentlich abstrebt.  
25 Reicht es ihr tatsächlich, wenn einige kleine Anpassungen im bestehenden System vorgenommen  
26 werden, und glaubt sie wirklich, damit soziale Gerechtigkeit herstellen zu können? Dieser Ansatz  
27 scheint aus der Zeit gefallen.

28 Wenn dieser Ansatz in den westdeutschen 70er Jahren vielleicht noch überzeugen konnte, so sollte  
29 spätestens nach den letzten Jahrzehnten mit neoliberalem Umbruch, Finanzmarktkapitalismus und  
30 der Entkernung von Sozial- und Lohnarbeitssystemen, endlich klar sein, dass es einen  
31 „Klassenkompromiss“ nicht geben kann. Wer soziale Gerechtigkeit will, muss den Mut haben,  
32 bestehende Besitz- und Ausbeutungsverhältnisse anzugreifen und eine Perspektive für mehr

1 Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit und soziale Sicherheit sowie (internationale) Solidarität  
2 zu bieten.

3 Die SPD braucht wieder eine progressive Gesellschaftsvision. Der demokratische Sozialismus als  
4 Gesellschaft der Freien und Gleichen ist weder Folklore noch unerreichbare Utopie, sondern Kern  
5 der sozialdemokratischen Bewegung. Ein Blick nach Großbritannien zeigt, dass eine  
6 Rückbesinnung auf diesen Kern für eine sozialdemokratische Partei durchaus lohnt und sie wieder  
7 zu einer Bewegung aufleben lassen kann. Auch die SPD braucht den Mut, diesen Weg wieder zu  
8 gehen.

9 Wir fordern daher:

- 10 - Die SPD muss in einem breit angelegten Prozess ein neues Grundsatzprogramm  
11 erarbeiten. Dieses muss erkennbar mit der neoliberalen Agenda-Politik der 2000er Jahre  
12 brechen. Die gesellschaftliche Vision eines demokratischen Sozialismus muss wieder mit  
13 Leben gefüllt und glaubwürdig vertreten werden. Langfristige Ziele und konkrete Projekte  
14 zur Zielerreichung müssen klar ausdefiniert werden.

15 Die SPD braucht mit der inhaltlichen auch eine organisatorische und personelle Neuaufstellung.  
16 Auch das Führungspersonal muss glaubhaft für einen Neuanfang stehen. Wir als Parteimitglieder  
17 erwarten, in einen Prozess der Neuaufstellung einbezogen zu werden. Die Parteistrukturen sind  
18 zudem oftmals sehr steif und undurchlässig. Es ist schwierig für junge Menschen in Positionen zu  
19 kommen, in denen sie Verantwortung übernehmen können. Von den 125 SPD  
20 Bundestagsabgeordneten der neuen Wahlperiode ist niemand unter 30 Jahre alt und nur 12 unter  
21 35 Jahre.

- 22 - Der SPD-Parteivorsitz soll zukünftig über ein verbindliches Mitgliedervotum gewählt  
23 werden.

- 24 - Bei der Neuaufstellung der SPD-Parteiführung sollten mindestens 50 Prozent der Posten  
25 mit neuem Personal besetzt werden. Die SPD-Spitze muss zudem weiblicher, jünger und  
26 linker werden.

- 27 - Die SPD muss sich dazu verpflichten, Jusos in allen geschäftsführenden Vorständen zu  
28 berücksichtigen. Wir sind Zukunft und Rückgrat der Partei und nicht nur zum Plakate  
29 hängen da!

- 30 - Bei der Aufstellung von Listen sollten mindestens ein Drittel der (aussichtsreichen)  
31 Listenplätze an neue Kandidat\*innen vergeben werden, die vorher noch kein Mandat inne  
32 hatten.

33 Es müssen Angebote entwickelt werden, damit sich Mitglieder über Online-Formate in die  
34 Parteiarbeit einbringen können. Mitgliederbefragungen müssen künftig auch online durchgeführt  
35 werden.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **B1\_2/17 Arbeiter\*innenbewegung, Arbeitskampf und betriebliche Mitbestimmung als verpflichtende Module im Unterricht verankern**

1 Die Schule hat neben der Vermittlung von Wissen und Können unter anderem die zentrale  
2 Aufgabe, Schüler\*innen darin zu fördern, sich für sich und andere einzusetzen und ein aktives  
3 soziales Handeln zu entwickeln. Darüber hinaus soll Schule im Sinne der Berufsorientierung die  
4 Schüler\*innen dazu befähigen, eine für sie sinnstiftende Beschäftigung zu finden und ein gutes,  
5 selbstbestimmtes Leben führen zu können.

6 Schüler\*innen sollten darin gefördert werden, sich ihrer zukünftigen Arbeitssituation im Kontext  
7 eines kapitalistischen Systems mit ungleicher Verteilung an Produktionsmitteln sowie dem  
8 Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital bewusst werden zu können. Gleichzeitig sind  
9 Schüler\*innen dazu zu befähigen, für ihre Rechte, für gute Arbeit, eine gerechte Verteilung und  
10 Beteiligung zu streiten und sich organisieren zu können.

11 Momentan ist jedoch festzustellen, dass das Bildungssystem Schüler\*innen in dieser Hinsicht kaum  
12 fördert. Die Berufsorientierung reduziert sich auf berufspraktische Erprobungen durch  
13 Berufspraktika und die Schwerpunktsetzung auf die Berufswahl in den Jahrgangsstufen 8 - 10.  
14 Schüler\*innen wird die Verwertungslogik des Kapitalismus durch den immer wieder erhobenen  
15 Anspruch der Verbesserung des eigenen „Humankapitals“ als Maxime eingetrichtert, statt  
16 Alternativen aufzuzeigen. Themen wie die Arbeiter\*innenbewegung, Formen betrieblicher  
17 Mitbestimmung, gewerkschaftliche Arbeit und Strukturen gehören nicht zu den Pflichtthemen.  
18 Letztlich bedeutet dies in der Realität in den allermeisten Fällen, dass Schüler\*innen in ihrer  
19 gesamten Schullaufbahn überhaupt nicht mit diesen Themen in Berührung kommen.

20 Um dem skizzierten Bildungsauftrag der Schule umfassend gerecht zu werden, sind die folgenden  
21 Themen unverzichtbar:

- 22 • die historische Entwicklung von Arbeit im Kapitalismus,
- 23 • die historische Entwicklung und gesellschaftliche Bedeutung der  
24 Arbeiter\*innenbewegung,
- 25 • Arbeitnehmer\*innenrechte (auch Berufsbildungsgesetz und Jugendarbeitsschutzgesetz),
- 26 • die Formen des Arbeitskampfes,
- 27 • Aufbau, Aufgabe und Arbeit der Gewerkschaften,
- 28 • Grundlagen der Tarifpolitik,
- 29 • Formen der betrieblichen Mitbestimmung (insbesondere durch Betriebsräte).



1 Wir wollen diese Themen als verpflichtende Themen im Unterricht stärken. Das Ziel muss es sein,  
2 dass unabhängig von der Schulform (ISS oder Gymnasium) und des erreichten Schulabschlusses  
3 (BBR, MSA oder Abitur) sämtliche Schüler\*innen grundlegende und/oder vertiefende Kenntnisse in  
4 den genannten Themen erwerben.

5 Wichtig ist zudem, dass die genannten Themen in eine Vielfalt von Weltanschauungen wertfrei  
6 einzubetten sind.

7 Wir fordern daher die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Berliner  
8 Senats dazu auf, sich dafür einzusetzen,

- 9 • in den Rahmenlehrplänen der Fächer Geschichte und Sozialkunde für die Sekundarstufe I,
- 10 • in den Rahmenlehrplänen der Fächer Geschichte und Politik für die Sekundarstufe II sowie
- 11 • im Rahmenlehrplan des perspektivisch eingeführten Faches Politik für die Sekundarstufe I
- 12 • im Rahmenlehrplan aller Berufsschulen

13 die Module „Arbeiter\*innenbewegung“, „Arbeitskampf“ und „betriebliche Mitbestimmung“ als  
14 Pflichtmodule zu verankern.

15 Die genannten Themen sind dabei sinnvoll in die Pflichtmodule einzubetten. Bei der Integration  
16 dieser Pflichtmodule ist darauf zu achten, dass sich alle Schüler\*innen innerhalb der Sekundarstufe  
17 I unabhängig von der Fächerwahl, Schulform und ihres erreichten Schulabschlusses mit den  
18 Grundlagen dieser Module auseinandergesetzt haben. In der Sekundarstufe II erfolgt die  
19 Vertiefung dieser Module.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **B2\_2/17 Politische Bildung für alle! – Für einen Politikunterricht ab Klasse 7**

1 In der derzeitigen Schüler\*innengeneration wird Politik im Rahmen des Faches Sozialkunde  
2 zusammen mit Geschichte in zwei Unterrichtsstunden pro Woche unterrichtet, wovon ein Drittel  
3 auf Politik entfallen soll. Aufgrund unterschiedlicher Faktoren, wie zum Beispiel der zu  
4 behandelnden Stoffmenge oder anderer Schwerpunktsetzung des nur in einem Fach  
5 ausgebildeten pädagogischen Personals, kommt der Politikteil für viele Schüler\*innen zu kurz.

6 Als Resultat findet ein breiter fundamentgebender Politikunterricht nur in der Oberstufe für  
7 interessierte Schüler\*innen statt. Politik entwickelt sich in einem seit 26 Jahren sozialdemokratisch  
8 geführten Bildungssystem zu einem Fach der akademischen Elite. Laut Studien der Friedrich-Ebert-  
9 Stiftung ist die Schule der wichtigste Ort der Begegnung mit Politik für Jugendliche und  
10 Politikunterricht in der Schule kann die politische Partizipation erhöhen.

11 Folgen des geringen Kontaktes in der Schule mit Politik sind, dass Schüler\*innen die Bildung einer  
12 eigenständigen politischen Meinung erschwert wird und ihnen Partizipationsmöglichkeiten  
13 verborgen bleiben.

14 Gerade in einem Zeitalter, wo „fake news“ allgegenwärtig sind, ist ein neutraler Ort, an dem  
15 Schüler\*innen lernen, selber kritisch politische Prozesse zu hinterfragen und aktuelle  
16 Entwicklungen zu verstehen und zu diskutieren, von enormer Wichtigkeit.

17 Dass eine politische Grundbildung die Grundlage für eine funktionierende Demokratie ist, wird bei  
18 jedem Wahlkampf deutlich, wo selbst der Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimme vielen  
19 Wahlberechtigten unklar bleibt. Der Ort, um diesem Demokratiedefizit entgegenzutreten und die  
20 Partizipation aller Bürger\*innen zu fördern, ist in der Schule, wo jede\*r erreicht wird.

21 Seit 2010 fordern Schüler\*inneninitiativen wie *Politik als Schulfach*, verschiedene Schulgremien, wie  
22 LEA und LSA oder Verbände wie „mehr als lernen“, die Stärkung der politischen Bildung in der  
23 Schule. Die Senatsverwaltung hatte trotz starkem Umsetzungswillen wenig Spielraum, diesen zu  
24 verwirklichen. Derzeit gibt es aktive Verhandlungsrunden mit gleicher Zielsetzung. Wichtig ist den  
25 Antragssteller\*innen, dass selbst bei Fächerzusammenlegung die politische Bildung auf  
26 mindestens eine Stunde pro Woche erhöht wird. Hiermit käme man der Bitte der  
27 Lehrer\*innenverbände der Gesellschaftswissenschaften entgegen und verhindert eine  
28 „Kannibalisierung“ von wichtigen Unterrichtsfächern wie Ethik. Bezüglich der anfallenden  
29 Personalkosten, die sich im kleinen zweistelligen Millionenbereich befinden werden, ist  
30 festzuhalten, dass der Gewinn für die demokratische Gesellschaft um ein Vielfaches höher ist. Denn  
31 auch im Land Brandenburg, mit dem ein gemeinsamer Rahmenlehrplan besteht, weiß man um die  
32 Wichtigkeit der politischen Bildung für die zukünftigen Wählenden.

33

34 Die SPD-Mitglieder des Senates und die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses  
35 werden aufgefordert, ihre Bemühungen dahingehend zu verstärken, dass an allen Berliner Schulen

- 1 ab dem Schuljahr 2018/2019 verpflichtend ab Klasse 7 und vor allem durchgängig bis zum
- 2 Beenden der Schullaufbahn (eingeschlossen Berufsschulen) der Politikunterricht als eigenständiges
- 3 Fach im Umfang von mindestens einer Schulstunde wöchentlich unterrichtet wird.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **B4\_2/17 Lehrkräftemangel war gestern - Für eine zukunftsorientierte Lehramtsausbildung!**

### **Für eine Berliner Bildungsallianz – Studienplatzgarantie für Lehramt**

Die wachsende Stadt Berlin braucht eine neue Bildungsoffensive. Berlin ist eines der wenigen Bundesländer, das die Lehrkräfte nicht verbeamtet, sondern anstellt. Um Anreize für eine Tätigkeit in Berlin zu schaffen, liegen die Einstiegsgehälter auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Die Maßnahmen genügen nicht es herrscht weiterhin großer Lehrkräftemangel. Neben dem kontinuierlichen Anstieg schulpflichtiger Kinder bzw. Jugendlicher und den Pensionierungswellen, kann ein allgemeiner Mangel an Ausbildungsplätzen als Ursache herangezogen werden. Letzteres ist das Resultat zweier Punkte: 1. Seit Jahren ist ein nicht ausreichendes Angebot für das Grundschullehramt an den Berliner Hochschulen zu verzeichnen. Einerseits gibt es an den Berliner Hochschulen die Tendenz, vorrangig Lehramtsstudierende für die weiterführenden Schulen auszubilden. Dies führte zu einer beschränkten Kapazität für die Lehramtsausbildung im Grundschulbereich. Andererseits ist das ein strukturelles Problem der Landespolitik. Die Hochschulen Berlins sind verpflichtet, ihr Studienangebot für das Lehramt mit der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung abzustimmen („Hochschulverträge“). Da dies oft im Sinne einer schnellen Überbrückung des allgemeinen Lehrkräftemangels geschah und eben hauptsächlich den Bedarf an Lehrer\*innen an weiterführenden Schulen decken sollte, wurden viele am Studium für das Lehramt an Grundschulen Interessierte nicht berücksichtigt. 2. Viele entschieden sich aber auch gegen das Grundschulstudium aus finanziellen Gründen. Es bestand bzw. besteht ein nicht unerheblicher Lohnunterschied zwischen dem Grundschullehramt und Lehramt an Gymnasien. 'Bestand' daher, weil zu dem Schuljahr 2017/18 das Gehalt neu eingestellter Lehrer\*innen an das der Gymnasiallehrkräfte angeglichen wurde. 'Bestehen' insofern, weil von dieser Regelung bereits angestellte Lehrkräfte sowie in diesem Bereich tätige Quereinsteiger\*innen sowie sog. „LuKs“, also langjährige Horterzieher\*innen mit DDR-Lehrerausbildung für untere Klassen, betroffen sind. Die unterschiedliche Bezahlung muss ein Ende haben. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Ein Ausspielen der verschiedenen Lehramtstypen gegeneinander führt letztlich zu einem Zwei-Klassen-Bewusstsein. Egal, ob Quereinstieg oder "klassisches" Lehramtsstudium: Guter Unterricht hängt von vielen Faktoren ab, welche sich erst bei aktiver Ausübung des Berufes herausstellen. Daher sollte nicht die Frage sein, wie jemand ausgebildet wurde, sondern wie diese Person unterrichtet. Dass dabei der Lohn für alle gleich sein muss, gilt als Ausgangspunkt eines respektvollen Umgangs mit sowie Wertschätzung für die Berufsgruppe insgesamt.

1 Daher fordern wir

- 2 • ein angemessenes, zukunftsorientiertes Angebot an Studienplätzen an den Berliner  
3 Hochschulen, das in einem engen Dialog mit dem Senat, den Hochschulen sowie der  
4 Gewerkschaft entwickelt und die zukünftige Entwicklung in diesem Berufsfeld  
5 entsprechend berücksichtigt. Dabei spielen die Herausforderungen der Berliner  
6 Bildungslandschaft eine ernstzunehmende Rolle, wodurch eine Bemessung der Quoten  
7 für die Bereitstellung von Lehramtsstudiengängen jährlich zu evaluieren ist und für das  
8 kommende Semester entsprechend aktualisiert werden muss. Langfristig wollen wir  
9 eine Abschaffung der Quoten und allen Menschen die möchten einen Zugang zum  
10 Lehramtsstudium ermöglichen.
- 11 • dass bei einem größeren Angebot an Studienplätzen die staatlichen Mittel für die  
12 jeweiligen Hochschulen proportional aufgestockt werden.“
- 13 • eine Studienplatzgarantie für den Übergang in den Master für alle  
14 Lehramtsstudiengänge.
- 15 • eine Studienplatzgarantie für den Übergang in den Master für alle  
16 Lehramtsstudiengänge.
- 17

## 18 **Lehramtsausbildung reformieren!**

19 Wie bereits erwähnt, reagiert Berlin auf den Lehrkräftemangel mit der Einstellung von  
20 Quereinsteiger\*innen. Diesen Schritt auch weiterhin zu gehen, so wie es seitens der Senatorin  
21 für Bildung verkündet wurde, ist in der jetzigen Situation nötig, dennoch sehen wir diese  
22 Personalentwicklung kritisch. Nur müssen dafür weitere Aspekte berücksichtigt werden.  
23 Allgemein kann unter Quereinsteiger\*in eine Person mit abgeschlossenem Studium verstanden  
24 werden, die eine berufsbegleitende Ausbildung absolviert und dann eine Staatsprüfung  
25 bestehen muss. Zur Orientierung: von den in diesem Jahr rund 3000 neu eingestellten  
26 Lehrkräften sind 1247 aus anderen Berufen in die Schulen gewechselt. Erfreulich ist daran, dass  
27 alle freien Stellen im Land besetzt werden konnten. Von dieser Gruppe fanden viele den Weg  
28 in die Grundschulen. In diesem Jahr startete zudem der sog. Q-Master – ein spezieller  
29 Masterstudiengang für Quereinsteiger\*innen – in dem grundlegende didaktische sowie  
30 erziehungswissenschaftliche Inhalte vermittelt werden. Voraussetzungen für diesen  
31 zweijährigen Master, für den im Wintersemester lediglich 30 Studierende zugelassen wurden,  
32 ist allerdings ein Hochschulabschluss (kein Kombibachelor!) mit insgesamt 110 ECTS in zwei  
33 relevanten Fächern; davon mind. 20 ECTS im zweiten Fach. Darüber hinaus können nur  
34 folgende Unterrichtsfächer studiert werden: Für das Erstfach verpflichtend entweder  
35 Informatik, Mathematik, Physik, Englisch, Französisch, Italienisch oder Spanisch sowie  
36 ausschließlich Deutsch oder Geschichte im Zweitfach. Dieses Angebot richtet sich nach  
37 sogenannten "Mangelfächern"; also Fächer, für die es weniger Absolvent\*innen gibt, um den  
38 aktuellen Bedarf an den Schulen zu decken. Zwar ist der Schritt, einer flexibleren  
39 Lehramtsausbildung zu begrüßen, dennoch ist auffallend, dass hier keine explizite  
40 pädagogische Differenzierung zwischen den verschiedenen Schultypen stattfindet; vor allem  
41 muss an dieser Stelle eine Beachtung grundschulpädagogischer Konzepte erfolgen. Darüber  
42 hinaus muss der Quereinstieg eine gesonderte Betreuung erfahren, da die regulären

1 Studiengänge eine erste praktische Phase von einem Semester vorsehen, im Rahmen dessen  
2 ein Einleben in die Rolle der Lehrkraft ohne Leistungs- bzw. Notendruck gewährleistet ist  
3 („Praxissemester“ als Teil des Masterstudiums). Diese Erfahrung fehlt den Q-  
4 Masterstudierenden. Daher muss eine entsprechende Betreuung im Kontext eines Mentoring-  
5 Programmes konzipiert werden, das ggf. auftretende Schwierigkeiten und Probleme während  
6 der Praxiserfahrung im Vorbereitungsdienst besprechen und lösen kann. Auch hier bedarf es  
7 mehr Kapazitäten an den Schulen. Vor allem sollten dabei alle Schultypen, vor allem Grund-  
8 und Berufsschulen, gestärkt werden, sodass auch Anreize in Form von Lohn, flexibler Arbeitszeit  
9 (Reduktion der Pflichtpräsenz) sowie Qualifizierungsangebote geschaffen werden. Außerdem  
10 darf es keine Lohnunterschiede zwischen Quereinsteiger\*innen und deren Kolleg\*innen geben.

11  
12 Daher fordern wir:

- 13 • die Bildungsoffensive im Land Berlin an vielen Stellen zu stärken. Darunter verstehen  
14 wir die Öffnung der Lehramtsausbildung. Der Q-Master muss um einen Q-  
15 Grundschulmaster und mit deutlich mehr Studienplätzen ergänzt werden. Darüber  
16 hinaus sollen auch Studierende mit Kombibachelor die Möglichkeit haben, sich dafür  
17 erfolgreich einzuschreiben. Des Weiteren sollen die Möglichkeit zur Einschreibung auch  
18 dann gegeben sein, wenn keine 20 ECTS in einem weiteren relevanten Fach gegeben  
19 sind. Stattdessen soll eventuelle Berufserfahrung in einem weiteren relevanten Fach mit  
20 berücksichtigt werden oder innerhalb des Q Masters die Möglichkeit der Nachholung  
21 dieser Qualifikation gegeben sein. Die strikte Fächerbindung lehnen wir ab! Gerade  
22 Berufsschulen können von Quereinsteiger\*innen profitieren. Hier müssen Anreize  
23 geschaffen werden, dass insgesamt mehr Lehrkräfte eingesetzt werden.
- 24  
25 • die didaktisch-pädagogische Qualität – gerade für Quereinsteiger\*innen – an allen  
26 Schulen zu sichern. Dies kann nur anhand einer angemessenen Mentoring- und  
27 Feedbackkultur, die in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen  
28 (Schüler\*innenvertretung, Lehrkräften, Schulleitung, Gewerkschaften,  
29 Senatsverwaltungen) entwickelt wird. Dabei muss ein Mentoringprogramm (Betreuung)  
30 sichergestellt werden.
- 31  
32 • Darüber hinaus fordern wir, dass die Unterrichtspflichtstunden für Quereinsteiger\*innen  
33 reduziert und den Unterrichtspflichtstunden von Referendar\*innen gleichgestellt wird.
- 34  
35 • die finanzielle Anpassung von allen Lehrenden, ohne Ausnahme. Das bedeutet, dass die  
36 Anhebung des Gehalts aller Lehrer\*innen auf E13 Berliner Realität werden muss.  
37 Darunter fallen auch die sog. LuK-Lehrkräfte. Eine allgemeine Anerkennung des Berufes  
38 darf nicht aufgrund der verschiedenen Bildungsverläufe (in unterschiedlichen  
39 Systemen) erfolgen. Die praktische Tätigkeit muss klar im Vordergrund stehen.  
40 Nachsichtiges politisches Handeln heißt auch, Lohngerechtigkeit für alle Lehrkräfte  
41 durchzusetzen! Deshalb fordern wir auch, dass das Gehalt von Lehrer\*innen zu 100%  
42 tariflich gesichert wird – das gilt auch für die Zulage für angestellte Lehrer\*innen, die  
43 Berlin bisher außertariflich zahlt.

- 1
- 2 • eine schnelle Eingliederung von Lehrkräften aus anderen Bundesländern, die dort
- 3 verbeamtet waren, auf Grundlage des in Berlin geltenden Lohns zu gewährleisten. Das
- 4 langfristige Ziel muss ein fleckendeckend einheitliches Gehalt für alle Bundesländer
- 5 sowie die Abkehr vom Beamtenstatus sein, dessen Kern dem Grundsatz eines
- 6 solidarischen Verständnisses des qualitativ hochwertigen Lehrberufs entgegensteht.
- 7

8 **Den Vorbereitungsdienst endlich stärker an die Lebenswelt der Referendar\*innen**

9 **ausrichten!**

10 Die strukturellen Probleme Berlins in der Bildung sind im Kern hausgemacht. Viel zu lange

11 wurden die bildungspolitischen Realitäten ausgeblendet, Sparmaßnahmen wohlwissend um

12 deren fatale Folgen durchgesetzt und eine politische Neuausrichtung nicht mutig genug

13 verfolgt. Damit muss Schluss sein! Bildung ist eines der zentralsten Elemente unserer

14 Gesellschaft. Nur durch Bildung können Menschen befähigt werden, selbstbestimmt zu leben.

15 Daher muss die Politik alles daran setzen, die bestmöglichen Voraussetzungen zu garantieren.

16 Ein hier angesprochener Bereich umfasst die Lehrenden und deren Ausbildung. Es ist höchste

17 Zeit die strukturellen Voraussetzungen zu reformieren. Gerade in der Planung und

18 Bereitstellung der Studienplätze für Lehramtsstudierende muss entsprechend schnell

19 gehandelt werden. Die in diesem Jahr beschlossenen Hochschulverträge für die kommenden

20 fünf Jahre sehen eine Erhöhung der Studienplätze auf insgesamt 2000 vor. Das ist in Anbetracht

21 der in den nächsten Jahren dringend benötigten und nicht verfügbaren Lehrkräfte – Prognosen

22 sagen, dass zwischen 40.000-50.000 Lehrer\*innen bundesweit fehlen werden, um eine

23 angemessene Beschulung zu gewährleisten – fatal. Vielmehr müssen Möglichkeiten eruiert

24 werden, sodass auf finanzielle Spielräume jährlich (flexibel!) zurückgegriffen werden kann und

25 die Hochschulen die Studienplätze individuell von Jahrgang zu Jahrgang erhöhen können. Fest

26 steht: 2000 Plätze decken den Bedarf bei Weitem nicht!

27 Bei all den Diskussionen über einen schnelleren Einsatz von Lehrer\*innen in den Schulen darf

28 die Qualität der Ausbildung nicht herabgesetzt werden. Das bedeutet, einerseits die Dauer des

29 Vorbereitungsdienstes auf dem aktuellen Stand von 18 Monaten zu belassen und keine

30 Kürzung vorzunehmen, wie es bspw. andere Bundesländer vorhaben oder bereits umgesetzt

31 haben. Darüber hinaus muss sich die Betreuung während des Vorbereitungsdienstes

32 verbessern. Viele Schulen haben Schwierigkeiten, die ohnehin dringend benötigten

33 Fachlehrkräfte für die Betreuung der Referendar\*innen abzustellen. Hier müssen Schulen,

34 Hochschulen, Senatsverwaltungen und die Bundesebene zusammenarbeiten. Die

35 Praxiserfahrung zählt zu den wichtigsten Momenten in der Lehramtsausbildung. Gerade hier

36 dürfen Einstieger\*innen nicht allein gelassen werden. Das bedeutet auch, die Lebensentwürfe

37 individuell zu berücksichtigen. Die Möglichkeit eines Referendariats in Teilzeit stellt dabei einen

38 wichtigen, wenn auch nicht konsequent zu Ende gedachten Schritt dar. Obwohl es die

39 Möglichkeit seitens des Landes Berlin gibt, den Vorbereitungsdienst in Teilzeit zu absolvieren,

40 bestehen noch immer Hindernisse. So ist eine Teilzeitbeschäftigung derzeit für "Beamte auf

41 Widerruf" nicht möglich, weil beamtenrechtliche Vorschriften dem entgegenstehen würden.

1 Bewerber\*innen für den Vorbereitungsdienst, die diesen in Teilzeit absolvieren möchten,  
2 können jedoch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigt werden. Dies  
3 würde aber eine reduzierte Unterhaltsbeihilfe von 75% des regulären Betrags und die  
4 Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen bedeuten. Oft sind Frauen von dieser Regelung  
5 betroffen, die eine Teilzeit-Option wählen, da sie sich neben der beruflichen Ausbildung noch  
6 um die Kinder und Familie kümmern. Gerade hier sollte ein klares Signal gesendet werden, um  
7 Betroffenen eine maßgebliche Unterstützung zu ermöglichen.

8 Daher fordern wir

- 9 • eine jährliche Bemessung der Studienplätze für Lehramtsstudierende unter Supervision  
10 der Senatsverwaltung Bildung, wobei die Gewichtung des Angebots sich nach der  
11 aktuellen Entwicklung des Bedarfs richtet.  
12
- 13 • die Anhebung der Beiträge des Vorbereitungsdienst in Teilzeit auf das Niveau der  
14 Vollzeit sowie vollständige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch das Land  
15 Berlin.  
16
- 17 • die Betreuung im Rahmen des Referendariats flächendeckend zu gewährleisten. Dafür  
18 müssen natürlich Lehrkräfte abgestellt werden. Diese sollen neben Entlastungsstunden  
19 auch eine finanzielle Entschädigung erhalten. Sinnvoll wären auch Modelle, die Teilzeit-  
20 Lehrkräfte mit einschließen. Es soll daher eine Expert\*innengruppe mit Vertreter\*innen  
21 aller Bereiche eingesetzt werden, die die Be- und Entlastung aller Ausbildungsschulen  
22 untersucht und ein Modell der Kooperation zur Betreuung von Referendar\*innen  
23 entwickelt.  
24
- 25 • dass die Dauer des Vorbereitungsdienstes die Ausbildungsqualität nicht beeinträchtigt.  
26 Eine Kürzung im Sinne einer schnelleren Verfügbarmachung der Lehrkräfte lehnen wir  
27 ab. Zudem fordern wir eine lückenlose Umsetzung des modularen Aufbaus des  
28 Referendariats: die zur Endnote benötigten Leistungen können im Rahmen  
29 unterschiedlicher Prüfungsformen (bspw. Referat, Hausarbeit, mündl. Gespräch)  
30 erfolgen und orientieren sich dabei an den lebensweltlichen Kontexten sowie  
31 individuellen Bedürfnissen der Referendar\*innen.



## **Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation und Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen**

Antrag D1\_1/17

---

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Die Bundestagsfraktion möge beschließen:

# **D1\_2/17 „Adels“-zusätze in Namen endgültig streichen: Republikanismus und soziale Gerechtigkeit leben**

1 Wir fordern, dass das deutsche Namensrecht geändert wird. Zukünftig muss es untersagt sein, als  
2 Namensbestandteile geführte „Adels“-titulierungen und -prädikate an die nächste Generation  
3 weiterzugeben. Die Folge muss sein, dadurch alle „Adels“-titulierungen und -prädikate – ähnlich  
4 wie schon in dem österreichischen „Adelsaufhebungsgesetz“ geregelt – endgültig abzuschaffen.  
5 Bei mehreren „Adels“-titulierungen wird der Name in einen Doppelnamen geändert.

### **6 „Adels“-privilegien bis heute**

7 Wissenschaftliche Studien belegen immer wieder, dass Personen mit „Adels“-namen bei  
8 Bewerbungsverfahren bevorzugt werden. In einigen Bereichen wie dem diplomatischen Dienst ist  
9 sogar noch eine starke Präsenz klar erkennbar. Selbstverständlich lassen sich die  
10 „adeligen“ Netzwerke so nicht beseitigen, aber etwas eindämmen. Anonymisierte  
11 Bewerbungsverfahren lassen sie zwar auch etwas abfedern, aber stoßen meist bei exponierten  
12 Leitungspositionen an ihre Grenzen. Deshalb braucht es weitere Maßnahmen.

13 Es ist klar, dass sich die verfestigte soziale Ungleichheit nicht mit dem Namensrecht ändern lässt–  
14 dafür braucht es massive Umverteilung und verbesserte Bildungschancen –, aber wir können diese  
15 feudalistischen Spuren in unserer Gesellschaft nicht einfach ignorieren. Das hundertjährige  
16 Jubiläum bietet die Möglichkeit, endlich diesen überfälligen Schritt nachzuholen!

### **17 Karenzzeit von 100 Jahren reicht**

18 Mit der Revolution von 1918/19 nutzten die damaligen Republikgründer\*innen eine Chance nicht:  
19 Sie hätten nicht nur die Titel der privilegierten sozialen Gruppe des Adels in einen  
20 Nachnamenszusatz umwandeln können – sondern hätten gleich die gesamte „Adels“-titulierung  
21 streichen können. Diese Entscheidung bildet bis heute die Basis für den namensrechtlichen  
22 Umgang mit „Adels“-zusätzen. Leider hat diese Regelung Tor und Tür dafür geöffnet, diese Form  
23 des (angenommenen) sozialen und kulturellen Kapitals zur Schau zu stellen und so zum eigenen  
24 Vorteil einzusetzen.

### **25 Kaum bekannte Rechtslage**

26 Bis heute führen diese Gesetzesgrundlage und die erfolgreiche Lobbyarbeit von „Adels“-verbänden  
27 dazu, dass diese Namenszusätze als Titel gebraucht werden. In vielgelesenen Boulevardblättern  
28 werden Fürst\*in, Graf\*Gräfin, Baron\*in und Freiherr\*Freifrau ganz selbstverständlich als Titel  
29 verwendet. In Empfehlungen für Anreden gibt es in der Regel spezifische Hinweise zu „Adels“-

1 anreden. In Namenslisten taucht eine Person „von“ meist nicht unter „V“, sondern unter ihrem  
2 „eigentlichen“ Nachnamen auf. Der Namenszusatz wird also kurzerhand wieder zum Titel. Parallel  
3 verbietet das deutsche Vornamensrecht, „Adels“-titel als Vornamen zu vergeben. Das „Adels“-  
4 privileg ist in der deutschen Gesellschaft folglich nicht vollständig abgeschafft. Das müssen wir  
5 ändern!

#### 6 **Zukünftige Generationen ohne „Adels“-zusätze im Namen**

7 Von niemandem müsste der Name plötzlich geändert werden. Schließlich müsste nur sichergestellt  
8 sein, dass er nicht an die nächste Generation vererbt wird. Auch die Tradition eines Namens kann  
9 problemlos weitergeführt werden, da der „eigentliche“ Nachname erhalten bleibt und nur die  
10 Zusätze verschwinden. Die identitätswahrende Wirkung ist somit ebenfalls gegeben. Zuletzt  
11 bestätigte der Europäische Gerichtshof die österreichische gesetzliche Regelung explizit.

12 Wir sollten uns deshalb in bester republikanischer und antimonarchistischer Tradition der  
13 Sozialdemokratie diese Möglichkeit zunutze machen. Eine dem Gleichheitsgrundsatz des  
14 Grundgesetzes folgende Begründung für diese „Adels“-namenszusätze kann es schlicht nicht  
15 geben.

## Antragsbereich F: Feminismus, Gleichstellung

Antrag F1\_2/17

---

**Antragssteller\*innen:** Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

# F1\_2/17 Rechtssicherheit auch ohne Trauschein - Gleichstellung von alternativen Lebensgemeinschaften

1 *Die Begriffe „Ehe und Familie“ stehen schon lange nicht mehr nur für Mutter, Vater, Kind*

2 Seit Jahren kämpft die SPD für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und damit der  
3 Ehe für alle. Doch was von den konservativen Parteien noch als zu gewagter Schritt gesehen wird,  
4 ist in der heutigen Zeit nicht mehr weit genug gedacht. Seit Jahrzehnten erleben wir die Öffnung  
5 der Gesellschaft, immer mehr Menschen brechen aus den Lebensmodellen der vergangenen  
6 Generationen aus und leben in Lebensgemeinschaften verschiedenster Art zusammen. Dabei geht  
7 es nicht nur um die stetig sinkende Zahl der Eheschließungen oder die steigende Zahl der  
8 Singlehaushalte in Deutschland, sondern um Lebensmodelle, wie Co-Parenting, polyamore  
9 Haushalte etc. Schon lange sind monogame Partner\*innenschaften nicht mehr die einzige Form  
10 des Zusammenlebens – zum Glück. Als feministischer Verband, stehen wir für Toleranz und  
11 Respekt gegenüber jeglichen Lebensmodellen, auch solchen die nicht nur eine romantische  
12 Zweierbeziehung als Basis haben. Anders sieht es im Wahlprogramm der SPD aus, dort sollen  
13 Familien und Alleinerziehende stärker gefördert werden. Diese Forderung unterstützen wir als  
14 Jusos selbstverständlich. Doch wie sieht es mit den Menschen aus, die alternative Lebensmodelle  
15 wählen?

16 Immer noch sind verheiratete Menschen in Deutschland im Falle des Ablebens, Krankheits- oder  
17 andere schweren Fällen besser abgesichert und werden steuerlich mehr entlastet als  
18 trauscheinlose Menschen. Zwar gab es in den vergangenen Jahren bereits einige Verbesserungen,  
19 aber diese reichen bei weitem nicht aus, um allen Lebensgemeinschaften gleiche oder zumindest  
20 ähnliche Rechte zu gewähren. So erhält bei einem schlimmen Unfall der\*die Partner\*in, ohne  
21 Nachweis, keinerlei Informationen über den Gesundheitszustand seines\*r Partners\*in. Selbst das  
22 Aufsetzen eines Partnerschaftsvertrages, in dem geregelt werden kann, wie mit Erbe,  
23 Versicherungen, gemeinsamen Kindern und dem Eigenheim umgegangen wird, hilft in der  
24 Notaufnahme eines Krankenhauses wenig.

25 **Wir fordern daher die gleichen Rechtssicherheiten, Sorgerechts und Erbensprüche für alle**  
26 **Lebensgemeinschaften. Zudem fordern wir, dass steuerliche Entlastungen nur**  
27 **Lebensgemeinschaften mit Kindern gewährt werden.**

28

1 *Nach dem Vorbild des "pacte civil de solidarité" Rechtssicherheit für alle Lebensgemeinschaften schaffen*

2 In Frankreich gibt es seit 1999 den "pacte civil de solidarité" (PACS), der eine zivilrechtliche  
3 Partnerschaft mit Gütergemeinschaft, gemeinsamer steuerlicher Veranlagung und steuerlich  
4 günstigeren Erbbestimmungen ermöglicht. Der PACS ist dabei nicht abhängig vom Geschlecht der  
5 Partner\*innen. Im Zuge des zivilen Solidaritätspaktes verpflichten sich die Partner\*innen zu  
6 gegenseitiger Hilfe, wobei den Partner\*innen bei der Regelung dieser Hilfspflichten Freiheiten für  
7 die individuelle Ausgestaltung in Detailfragen offen stehen. Die individuelle Ausgestaltung sehen  
8 viele der Paare als größten Vorteil, schließlich haben sie sich bewusst gegen eine Ehe - freiwillig  
9 oder unfreiwillig aufgrund von fehlenden Rechten - entschieden. Im PACS bestimmen die Partner  
10 selbst – allenfalls mit Hilfe eines\*r Notars\*in –, wie detailliert sie ihr Leben regeln und vertraglich  
11 festhalten wollen. So obliegt es ihnen, ob sie zum Beispiel im Falle einer Trennung eine  
12 Güterteilung festlegen wollen oder nicht oder wie sie einander gegenseitige und materielle Hilfe  
13 leisten wollen. Gewählt werden kann in diesem Fall zwischen einem fixen Anteil des Vermögens  
14 einem frei bestimmbar Betrag. Zudem sind Partner\*innen, die in Frankreich einen PACs  
15 abschließt in Erb- und Steuerfragen den Verheirateten gleichgestellt. Beim PAC geht es jedoch  
16 nicht nur um materielle Sicherheit, sondern auch um die Anerkennung und Toleranz  
17 verschiedenster Lebensgemeinschaften.

18 Doch auch mit dem PACS ist nicht alles möglich. Nachwievor können die Partner\*innen  
19 gemeinsam keine Kinder adoptieren, wobei in Frankreich mittlerweile eine Kinderadoption durch  
20 eine Einzelperson erlaubt ist. Zudem kann der Vertrag nur zwischen zwei Partner\*innen und nicht  
21 mehreren, was alle polyamoren Beziehungen ausschließt geschlossen werden. Des Weiteren muss  
22 eine eidesstattliche Erklärung über einen gemeinsamen Wohnsitz vorliegen, was in einigen  
23 Lebensgemeinschaften nicht der Fall ist. Zudem wird der PACS außerhalb Frankreichs nicht in der  
24 gleichen Form anerkannt.

25 Nichtsdestotrotz entscheiden sich in Frankreich mittlerweile über 40% der Paare für den PACS, um  
26 ihre Partner\*innenschaft rechtlich abzusichern. Denn auch vom bürokratischen Aufwand her ist der  
27 PACS so angelegt, dass er auf Partner\*innen keinesfalls abschreckend wirkt. Mit einem einzigen  
28 Formular, das ausgefüllt und unterschrieben, beim Amtsgericht abgegeben werden muss, hält sich  
29 der Aufwand und damit die Hürde in überschaubaren Maße. So rasch und so einfach wie der  
30 Vertrag geschlossen werden kann, so leicht lässt er sich auch wieder auflösen. Es reicht eine kurze  
31 Mitteilung ans Gericht.

32 Mit dem unbürokratischen Verfahren und freier Wählbarkeit der Details wird der PAC den  
33 Bedürfnissen nach einer freien Gesellschaft ohne zivil- und familienrechtliche Zwänge gerecht. **Wir**  
34 **fordern jedoch noch einen Schritt weiter zu gehen und auch den festen gemeinsame**  
35 **Wohnsitz, die Beschränkung auf zwei Personen, den Ausschluss vom Adoptionsrecht und die**  
36 **vorgeschriebene Festlegung des Geschlechts aus dem PAC rauszunehmen und in dieser**  
37 **Form für Deutschland einzuführen. Darüber hinaus sind im Ausland geschlossene PACs oder**  
38 **vergleichbare Vereinbarungen in Deutschland anzuerkennen.**

39 **Wir fordern die freie Wahl der Lebensgemeinschaft, ohne Benachteiligungen oder**  
40 **Einschränkungen der Rechte und damit eine tolerante, solidarische und freie Form der**  
41 **Lebensgestaltung!**

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **F2\_2/17 „Dirty Diaries“ auch in Deutschland!**

1    Mainstream-Pornos zeigen in der Regel sexistische und rassistische Stereotype, in denen Konsens  
2    kein Thema ist und die bestimmten, „optimalen“ Körpertyp zum Standard erheben. In diesen  
3    Filmen wirkt Sex eher wie eine Performance oder Leistungssport: Alles funktioniert scheinbar auf  
4    Antrieb, es gibt keine Kommunikation zwischen den Darsteller\*innen, kein Ausprobieren, Scheitern  
5    und Neu-Ausprobieren. Diese Darstellungsformen in Mainstream-Pornos können  
6    Konsument\*innen in ihrer Sexualität und im Menschenbild nachhaltig beeinflussen. Auch  
7    Jugendliche starten damit viel zu oft mit völlig unrealistischen Vorstellungen in ihr Sexualleben  
8    und haben nicht die Möglichkeit ein selbstbewusstes Verhältnis zu sich, ihrem Körper, ihrer  
9    Sexualität und Gesundheit zu entwickeln. Dabei geht es um eine Ergänzung der außerschulischen  
10   Bildungsarbeit.

11   Schweden hat mit den "Dirty Diaries" dieses Problem in Angriff genommen. Die „Dirty Diaries“ sind  
12   eine feministische Pornosammlung, die 2009 vom staatlichen Schwedischen Filminstitut finanziert  
13   wurden und fernab vom standardisierten Mainstream-Porno Menschen und Sexualität in all ihrer  
14   Vielfalt zeigt.

15   Dieser feministische Porno beinhaltet mindestens die folgenden Aspekte:

- 16       -   Regisseur\*innen und Produzent\*innen, die die Vielfalt der Gesellschaft abbilden
- 17       -   Gute und gerechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung
- 18       -   Die Darstellung von Vielfalt an Körperformen, Geschlechtern, ethnischer Herkunft,  
19       Sexualität und Sexualpraktiken
- 20       -   Die realistische Darstellung von Lust aller Beteiligten
- 21       -   Verhütung (wenn nicht, dann nur im (dokumentierten) Konsens)
- 22       -   Die explizite Darstellung von Konsens und Kommunikation

23   Es gibt also nicht den einen feministischen Pornofilm. Feministischer Porno ist die Gesamtheit aller  
24   den Definitionen folgenden Filmen.

25   Selbstverständlich kann die Einführung und die Verfügbarkeit von feministischen Pornos nicht eine  
26   grundsätzliche Reformierung des Sexualkundeunterrichts ersetzen, sondern lediglich ergänzen.  
27   Unterstützend fordern wir aber, dass im Sexualkundeunterricht an Schulen auf die Verfügbarkeit  
28   feministischer Pornos verwiesen wird.

1 Da vor allem im Internet kostenlose Pornographie konsumiert wird, muss auch feministischer  
2 Porno gebührenfrei, dauerhaft und niedrighschwellig verfügbar sein. Daher fordern wir eine  
3 Filmförderung nach schwedischem Vorbild.

4 Eine solche Filmförderung ist über verschiedene Kanäle möglich:

- 5 - Als Sexualbildung über die Landes- und Bundeszentrale(n) für politische Bildung und die  
6 Landes- und Bundeszentrale(n) für gesundheitliche Aufklärung
- 7 - Als Filmförderung. Dieses Instrument ist denkbar im Rahmen einer Ausschreibung mit  
8 vorgegebenen Mindestkriterien, einer freien Bewerbung um Fördermittel oder einer  
9 Preisverleihung. Hierbei muss auf die Liste der Kriterien, deren Nachprüfbarkeit und/oder  
10 auf die Zusammensetzung der Kommission geachtet werden.
- 11 - Durch den Kauf und das kostenlose Verfügbarmachen in der Online-Mediathek der  
12 öffentlich-rechtlichen Sender. Wir fordern, dass die Altersfreigabe für Pornografie hierfür  
13 überprüft und ggf. herabgesetzt wird.

14 Wir fordern, dass die angeführten Kanäle geprüft werden und die Förderung über die geeigneten  
15 Kanäle und in wirkungsvoller Höhe begonnen wird.

16 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Fraktionen in den  
17 Landesparlamenten auf, entsprechend tätig zu werden.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **I2\_2/17 Austritt aus der Kirche erleichtern - Kostenloser Kirchenaustritt jetzt!**

1 Wir fordern das Land Berlin auf, die Gebühr für Kirchenaustritte von derzeit 30 € abzuschaffen und  
2 den Kirchenaustritt für Berliner Bürger\*innen kostenlos anzubieten. Der Kirchenaustritt soll auch  
3 bei Bürgeramt sowie über den Online-Service der Bürgerämter möglich gemacht werden.

4 Mit diesem Schritt wird der Austritt besonders für Menschen mit geringem oder keinem  
5 Einkommen erleichtert. Alle Bürger\*innen ab 18 Jahren sind vom Bürgeramt zu fragen, ob sie aus  
6 der Kirche austreten wollen.

7 Die Bearbeitungskosten für einen Kirchenaustritt sollten nicht vom Staat oder seinen Bürger\*innen  
8 getragen werden. Es ist wünschenswert, dass die Bearbeitungskosten für Kirchenaustritte mit den  
9 Einnahmen über die Kirchensteuer verrechnet werden.

10 Begründung: Jedes Jahr treten über eine halbe Million Menschen aus der evangelischen oder  
11 katholischen Kirche aus. 36% der Bundesbürger\*innen sind inzwischen konfessionslos (Stand  
12 2016), und die Zahl wächst weiter an.

13 Es ist schwer nachzuvollziehen, auf welcher Grundlage für den Kirchenaustritt eine Gebühr  
14 erhoben wird, wenn man vor der Religionsmündigkeit (14 Jahre) von den Eltern getauft wurde.

15 Es gibt viele Menschen, die in eine der beiden Großkirchen hineingeboren und als Kleinkind  
16 getauft wurden, sich aber nicht mit den christlich-kirchlichen Werten identifizieren können.

17 Die Gründe weswegen sie trotzdem nicht aus der Kirche austreten sind vielfältig:

- 18 – Kirchenaustritte sind in einigen Milieus mit sozialem Stigma verbunden.
- 19 – Der Austritt eines Familienmitglieds wird in vielen christlichen Familien nicht  
20 akzeptiert; Ausgetretene werden diffamiert.
- 21 – Aufgrund mangelnder Aufklärung denken viele Menschen, sie könnten nach  
22 einem Austritt nicht zusammen mit ihrer Familien beerdigt werden.  
23 Sinnähnliche Gerüchte sind weit verbreitet.
- 24 – Kinder werden stigmatisiert, weil es in ländlichen Regionen für Konfessionslose  
25 keine Alternative zum Religionsunterricht gibt.
- 26 – Neben diesen nicht-monetären Gründen erhöht der Staat die Hemmschwelle für  
27 den Austritt zusätzlich durch die Austrittsgebühr.
- 28 – Darüber hinaus streben wir aber an, dass der Staat für die Kirchen gar keine  
29 Steuern mehr einsammelt

30 Anstatt aus der Kirche auszutreten, zahlen viele Menschen daher weiter jeden Monat Kirchensteuer.  
31 Die Kirche nimmt über die Kirchensteuer rund 9 Milliarden Euro ein.

- 1 Es ist daher auch nicht nachvollziehbar, warum der Staat die Bearbeitungsgebühr selbst tragen
- 2 sollte. Sie sollte an die Kirchen weitergegeben werden.



## **Antragsbereich M: Flucht, Asyl und Migration**

### Antrag M1\_2/17

---

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **M1\_2/17 Binnengeflüchtete schützen: Internationale Unterstützung garantieren und Staaten in die Pflicht nehmen!**

1 Jedes Jahr sind Millionen von Menschen aufgrund von bewaffneten Konflikten, Gewalt,  
2 Naturkatastrophen, Entwicklungsprojekten und der Auswirkungen des Klimawandels gezwungen  
3 zu fliehen. Weitere Millionen Menschen leben bereits langfristig vertrieben von ihren Heimstätten  
4 oder sind dem ständigen Risiko ausgesetzt, vertrieben zu werden. Das Internal Displacement  
5 Monitoring Centre gibt an, dass sich Ende 2016 40,3 Millionen Menschen in Binnenflucht allein  
6 aufgrund von bewaffneten Konflikten und Gewalt befanden.

7 Binnengeflüchtete Personen umfassen unter anderem Menschen, die zwischen kriegführenden  
8 Parteien gefangen oder von bewaffneten Angriffen bedroht sind, für die die eigene Regierung  
9 verantwortlich sein kann. Binnengeflüchtete sind ebenso indigene Bevölkerungsgruppen, die aus  
10 ihren Landschaften fliehen mussten, um den Bau eines Dammes und anderer Infrastrukturprojekte  
11 zu ermöglichen. In den letzten Jahrzehnten sind es zudem vermehrt ganze Gemeinschaften z.B.  
12 aus Trockengebieten, deren Land (und somit oft auch deren Lebensunterhalt) aufgrund der mit  
13 dem Klimawandel verbundenen Umweltzerstörung verloren ging.

14 Von der Binnenflucht sind mehrheitlich Frauen und Kinder betroffen. Verantwortung für die  
15 Sicherstellung ihrer Bedürfnisse nach Schutz, Hilfe und Wiedereingliederung sowie der  
16 spezifischen Anliegen von unbegleiteten Minderjährigen, Menschen mit Behinderungen und  
17 älteren Menschen werden jedoch selten übernommen. Zudem sind ethnische Minderheiten,  
18 indigene Bevölkerungsgruppen und Menschen aus ländlichen und ärmeren Gebieten  
19 überproportional zur Binnenflucht gezwungen.

20 Staaten sind dafür verantwortlich, die Wahrung der Menschenrechte zu garantieren. Der Schutz  
21 und die Unterstützung von Binnengeflüchteten beruht auf der Pflicht, Menschenrechte zu  
22 respektieren. Die Souveränität eines Staates beinhaltet also nicht nur das Recht, eigene  
23 Angelegenheit unabhängig leiten zu dürfen, sondern auch die primäre Pflicht und Verantwortung,  
24 Binnengeflüchteten Schutz und Unterstützung ohne Diskriminierung zu gewährleisten.

1

## 2 **I. Über Binnengeflüchtete**

### 3 1. Definition

4 Die „Leitlinien betreffend Binnenvertreibung“ des UN-Sonderberichterstatters zu Intern  
5 Vertriebenen definieren Binnengeflüchtete als „Personen oder Personengruppen, die gezwungen  
6 oder genötigt wurden, aus ihren Heimstätten oder dem Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts zu  
7 fliehen oder diese zu verlassen, insbesondere in Folge oder zur Vermeidung der Auswirkungen  
8 eines bewaffneten Konflikts, von Situationen allgemeiner Gewalt, Menschenrechtsverletzungen  
9 und natürlichen oder vom Menschen verursachten Katastrophen, und die keine international  
10 anerkannte Staatsgrenze überschritten haben“. Die zwei ausschlaggebenden Faktoren sind also  
11 der Zwang, die die Flucht veranlässt, und die Nicht-Überschreitung einer international anerkannten  
12 Staatsgrenze.

13 Es ist wichtig hervorzuheben, dass die Einstufung danach, wer nach den Leitlinien ein\*e  
14 Binnengeflüchtete\*r ist, keine gesetzliche Definition ist, die einen besonderen Rechtsstatus ähnlich  
15 dem Geflüchtetenstatus nach der Genfer Konvention verleiht. Vielmehr sind Binnengeflüchtete  
16 weiterhin Bürger\*innen des betroffenen Staates, unabhängig davon, ob sie formell als Vertriebene  
17 anerkannt sind oder nicht. Dadurch sind sie auch als Binnengeflüchtete grundsätzlich berechtigt,  
18 alle für die Bevölkerung des betreffenden Staates geltenden Garantien der Menschenrechte und  
19 des humanitären Völkerrechts zu nutzen.

20

21 2. Die Unterscheidung zwischen Geflüchteten und Binnengeflüchteten ist entscheidend  
22 Das folgt daraus, dass sich aus rechtlicher Sicht Geflüchtete grundsätzlich von Binnengeflüchteten  
23 unterscheiden. Während Geflüchtete sich zum Schutz nicht der eigenen Regierung widmen,  
24 sondern internationalen Schutz und Unterstützung im Ausland finden, haben Binnengeflüchtete  
25 das Land ihres Heimatortes nicht verlassen. Somit bleiben Binnengeflüchtete auch in Fällen, in  
26 denen Regierungskräfte oder andere staatlichen Behörden für ihre Verdrängung verantwortlich  
27 sind, unter der Verfügungsgewalt eben dieser Regierung.

28 Die internationale Gemeinschaft bleibt auch in diesen Fällen nicht berechtigt, nationale Behörden  
29 zu ersetzen, sondern übernimmt bisher lediglich eine subsidiäre Rolle bei der Unterstützung oder  
30 Ergänzung staatlicher Maßnahmen. Während also der für Geflüchtete erlangbare Rechtsstatus im  
31 Wesentlichen eine Form des internationalen Schutzes ist, ist der Schutz von Binnengeflüchteten in  
32 erster Linie eine nationale Angelegenheit.

33 Binnengeflüchtete als eine Art von Geflüchteten zu qualifizieren sähe also über die Tatsache der  
34 unterschiedlichen rechtlichen Gegebenheiten und Schutzmöglichkeiten hinweg. Während

1 Geflüchtete im Ausland nicht alle Rechte genießen, die den Bürger\*innen eines Landes zur  
2 Verfügung stehen, verlieren Binnengeflüchtete keine der ihnen als Bürger\*innen des Staates  
3 verliehenen Rechte, auch wenn sie in Wirklichkeit diskriminiert oder gar als Bürger\*innen zweiter  
4 Klasse behandelt werden.

## 6 **II. Die gravierenden Konsequenzen der Binnenflucht**

7 Dass Binnengeflüchtete als Bürger\*innen des Landes rechtlich genauso geschützt sind wie der Rest  
8 der Bevölkerung – und dadurch nicht notwendigerweise anfälliger seien als nicht geflüchtete  
9 Menschen – wird als Argument gegen die Betrachtung von Binnengeflüchteten als speziell  
10 unterstützungsbedürftige Menschengruppe verwendet. Diese Herangehensweise übersieht jedoch  
11 die Tatsache, dass Binnengeflüchtete spezifische Bedürfnisse haben, die nicht geflüchtete  
12 Personen nicht haben. Binnengeflüchtete haben gemeinsam und müssen deshalb

13 (1) vor Vertreibung geschützt werden,

14 (2) Gefahrenbereiche verlassen, um einen sicheren Ort zu erreichen und dürfen nicht

15 gezwungen werden, in Gefahrenbereiche zurückzukehren,

16 (3) eine vorübergehende Unterkunft finden,

17 (4) wegen ihrer Flucht vor Diskriminierungen geschützt werden, etwa in Hinsicht auf den

18 Zugang zu Basisdienstleistungen und dem Arbeitsmarkt,

19 (5) sich als Wähler anmelden können, um an Wahlen und Volksabstimmungen

20 teilnehmen zu können,

21 (6) zurückgelassenes Eigentum schützen und

22 (7) eine dauerhafte Lösung für ihren Verbleib finden, etwa durch Rückkehr zum Ort

23 des früheren Aufenthalts oder in Form einer Integration in die geflüchtete oder einer

24 anderen Ortschaft.

25 Binnengeflüchtete stehen also vor Problemen, die spezifisch im Zusammenhang mit der Flucht  
26 und den Fluchtgründen stehen. Statistisch festgestellt wurde, dass Binnengeflüchtete ohne  
27 humanitäre Hilfe oftmals einem höheren Risiko der Unterernährung und der Anweisung auf  
28 Nahrungsmittelhilfe ausgesetzt sind. Sie haben Kinder durch die Rekrutierung zu Streitkräften oder  
29 nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen verloren, werden vor allem während der Flucht von  
30 Familienmitgliedern getrennt und erhalten keinen Zugang zu Bildungseinrichtungen.

1 Binnengeflüchtete erleiden zudem vermehrt geschlechtsspezifische Gewalt, leiden an ernstesten  
2 gesundheitlichen Problemen und bleiben in extremer Armut, ohne Möglichkeiten, einen  
3 angemessenen Lebensunterhalt zu verdienen.

4 Zur weiteren Feststellung der Faktoren, die Binnengeflüchtete in diesem hohen Grad der  
5 Verletzbarkeit lassen, verlangen wir dringend weitere Untersuchungen und setzen uns entschieden  
6 für ihre Bekämpfung ein. Denn um eine dauerhafte Lösung für Binnengeflüchtete zu erreichen,  
7 müssen ihre spezifischen Hilfs- und Schutzbedürfnisse erfüllt werden. Binnengeflüchtete müssen  
8 ihre Menschenrechte ohne Diskriminierung genießen dürfen, indem sie in ihre Heimstätten  
9 zurückkehren, sich in dem Zufluchtsort integrieren oder in eine andere Gegend umziehen können.

### 11 **III. Binnenflucht ist Teil einer ganzheitlichen Angelegenheit über gefährdete Personen**

12 Das spezifische Betrachten der Situation von Binnengeflüchteten soll in keiner Weise als  
13 Beweggrund dienen Hilfe und Aufmerksamkeit zum Nachteil anderer gefährdeter Personen zu  
14 verlegen. Die Unterstützung von Binnengeflüchteten, genauso wie für andere gefährdete  
15 Personen, hat immer auf der Grundlage von Bedürfnissen und Verletzbarkeiten und nicht aus  
16 Gründen der Kategorisierung zu erfolgen. Der gesonderte Blick auf Binnengeflüchtete gilt um  
17 sicherzustellen, dass Unterstützungen den tatsächlichen Bedürfnissen gerecht werden.

18 In diesem Zusammenhang ist die Ansicht der von Vertreibung betroffenen Kommunen und  
19 Gemeinschaften nicht zu vernachlässigen. Denn auch die gastgebenden Gemeinschaften sind von  
20 den Auswirkungen der Binnenflucht betroffen. Diese Gemeinschaften mit örtlichen Investitionen  
21 zu unterstützen hilft nicht nur Spannungen zwischen Binnengeflüchteten und der örtlichen  
22 Bevölkerung vorzubeugen oder zu reduzieren, sondern beweist zudem, mit welchen Lasten diese  
23 Gemeinschaften zurechtkommen müssen.

#### 25 **Für uns Jusos gilt:**

- 26 - Jede\*r hat das Recht, vor Vertreibung aus der Heimstätte geschützt zu werden.
- 27 - Binnengeflüchtete sind besonders vor diskriminierenden Praktiken – wie der Einziehung zu  
28 Streitkräften oder bewaffneten Gruppen – infolge ihrer Vertreibung zu schützen.  
29 Insbesondere müssen alle grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Praktiken  
30 gegenüber Binnenvertiebenen unter allen Umständen verboten und bestraft werden.
- 31 - Familien, die durch Vertreibung getrennt wurden, müssen so schnell wie möglich  
32 zusammengeführt werden. Dies gilt insbesondere wenn Kinder betroffen sind.

- 1 - Um dem grundlegenden Recht auf Bildung Wirksamkeit zu verleihen, haben im Schulalter  
2 befindliche Geflüchtete Unterricht zu erhalten, der unentgeltlich und obligatorisch sein  
3 muss.
- 4 - Oberstes Ziel ist es, Bedingungen zu schaffen und Mittel bereitzustellen, die es den  
5 Binnengeflüchteten ermöglichen, freiwillig und in Sicherheit und Würde an ihren  
6 Heimatort zurückzukehren oder sich an einem neuen Ort anzusiedeln.
- 7 - Binnengeflüchtete müssen ihren Zufluchtsort selbst frei wählen dürfen. Sie dürfen nicht  
8 von Machthabenden z.B. als Faustpfand missbraucht werden und an einen Ort gezwungen  
9 werden.
- 10

### 11 **Deshalb fordern wir:**

- 12 - Alle deutschen und europäischen Behörden und Institutionen haben ihre Verpflichtungen  
13 aus den Leitlinien betreffend Binnenvertreibung unter allen Umständen einzuhalten und  
14 ihre Einhaltung durchzusetzen um Situationen, die zur Vertreibung von Personen führen  
15 könnten, zu vermeiden.
- 16 - Jeder Eingehung eines neuen Vertrages oder Neuverhandlung eines bestehenden  
17 Vertrages der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union mit Drittstaaten zu  
18 Verhandlungsthemen, die Binnengeflüchtete unmittelbar oder in sonstiger Weise  
19 betreffen, ist die Forderung zur Inkraftsetzung und sachgerechten Durchsetzung der  
20 Leitlinien betreffend Binnenvertreibung durch den Drittstaat vorausgesetzt.
- 21 - Im Bewusstsein über die Pflicht und Verantwortung, Binnenvertriebenen humanitäre Hilfe  
22 zu gewähren, setzen wir uns dafür ein, dass Unterstützung für Binnenvertriebene überall  
23 angeboten wird.
- 24 - Internationale humanitäre Organisationen sowie helfende UN-Institutionen sind für ihre  
25 Hilfe gegenüber Binnengeflüchteten mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.
- 26 - Die Kampala Konvention, die als regionale Konvention Staaten dazu verpflichtet, den  
27 Schutz und das Wohlergehen von Binnengeflüchteten zu ermöglichen, sowie der damit  
28 verfolgte Ansatz Menschen, die gezwungen sind aus ihren Heimstätten aufgrund von  
29 Konflikten, Gewalt, Naturkatastrophen und Menschenrechtsverletzungen zu fliehen,  
30 unterschiedslos zu helfen, wird ausdrücklich unterstützt.
- 31 - Die UN, die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland müssen sich  
32 verpflichten, allen Menschen, die aus finanziellen, politischen oder anderen Gründen nur  
33 innerhalb ihres Herkunftslandes fliehen können, obwohl sie es eigentlich verlassen wollen,  
34 zu unterstützen, einen Zufluchtsort außerhalb ihres Herkunftslandes zu erreichen.
- 35

### 36 **Weiterhin fordern wir, dass:**

- 1 - empirische Forschungen vorangetrieben werden, die die Bedürfnisse von  
2 Binnengeflüchteten feststellen und geeignete Maßnahmen zu ihrer Erfüllung  
3 voranbringen;
- 4 - Auswirkungen der Binnenvertreibung auf die Leben der Betroffenen weiter untersucht  
5 werden – mit besonderer Aufmerksamkeit auf die strukturellen Auslöser und  
6 sozioökonomischen Auswirkungen bei langwieriger und städtischer Binnenvertreibung;
- 7 - etwa durch die Modernisierung von Infrastruktur oder dem Ausbau örtlicher Gesundheits-  
8 und Bildungseinrichtungen die den Binnengeflüchteten gastgebende Ortschaften  
9 unterstützt werden;
- 10 - die Zusammenarbeit mit relevanten Nichtregierungsorganisationen, die global oder  
11 regional agieren, ermöglicht wird.

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

YES möge beschließen:

Die S&D-Fraktion möge beschließen:

## **M3\_2/17 Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!**

1 In Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist das Recht auf Leben eines jeden  
2 Menschen verbrieft: „Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt.“ Wenn  
3 ein Recht auf Leben ernstgenommen wird, so muss dies auch beinhalten, dass Menschen vor  
4 lebensbedrohlichen Situationen in ein sicheres Land fliehen können, ohne für diese Flucht mit  
5 ihrem Leben zu bezahlen. Ein Recht auf Leben muss folglich ein Recht auf sichere Flucht vor  
6 Bedrohung beinhalten.

7  
8 Leider müssen wir feststellen, dass sich die Europäische Union von diesem Anspruch  
9 zunehmend entfernt. Statt ein sicherer Zufluchtsort für Flüchtende zu sein, rüstet die  
10 Europäische Union ihre Außengrenzen immer stärker zu tödlichen Festungsmauern. Allein von  
11 Januar bis Juli 2017 sind mindestens 2500 Menschen bei ihrer versuchten Flucht nach Europa  
12 im Mittelmeer ertrunken. Rund 300.000 Menschen wagten die lebensgefährliche Überfahrt  
13 laut UN-Angaben im Jahr 2016. Dabei stünde eine Vielzahl von Mitteln und Wegen zur  
14 Verfügung, um dies zu vermeiden. Jeder Mensch, der sich bei seiner Flucht nach Europa in  
15 Lebensgefahr begeben muss, straft den Anspruch der Europäischen Union, Wertegemeinschaft  
16 und Vorbild für Grund- und Menschenrechte zu sein, Lügen.

17  
18 Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland versuchen die europäischen  
19 Außengrenzen weiter vom Mittelmeer weg in die Sahara zu verlegen, um die Migration auf den  
20 europäischen Kontinent weiter zu erschweren. Unter dem Vorwand der Terrorismus- und  
21 Schlepperbekämpfung werden Grenzanlagen ausgebaut und der Grenzschutz militarisiert.  
22 Dazu schrecken die EU-Staaten nicht vor einer Kooperation mit Diktaturen zurück. Schon heute  
23 ist der Weg durch die Wüste ähnlich gefährlich wie der darauffolgende Weg über das Meer.  
24 Sie ist schon heute ein vergessener Friedhof – allerdings werden die Leichen nicht angespült  
25 und NGOs können die nordafrikanischen Staaten kaum bewegen, weil weder Sicherheit noch  
26 rechtsstaatlicher Schutz vor Willkür garantiert ist.

27  
28 Derweil machen sich die Europäischen Regierungschef\*innen einen schlanken Fuß: Anstatt den  
29 innereuropäischen Streit um die Aufnahme von Flüchtenden unter den Mitgliedsländern zu lösen  
30 und den rassistischen Reflexen in den Mitgliedsländern mutig entgegenzutreten, verlagern sie  
31 ihre „Problemlösung“ nach Außen.

32 Wir müssen erleben, wie Zäune errichtet und mit Waffengewalt verteidigt werden, Deals mit  
33 Despoten gemacht und Flüchtende in Internierungscamps von marodierenden Verbrechern  
34 zurückgeschoben werden. Anstatt flüchtende Menschen zu schützen, werden die  
35 Europäischen Grenzen vor dem Übertritt durch Flüchtende „geschützt“. Auch die deutsche

1 Bundesregierung nimmt dies nicht nur billigend in Kauf, sondern beteiligt sich aktiv an Deals  
2 mit Erdoğan und der libyschen Küstenwache. Dabei werden sehenden Auges massive  
3 Menschenrechtsverletzungen und zahllose Todesfälle in Kauf genommen.

4  
5 Über Parteien hinweg kommt sowohl aus Deutschland als auch aus anderen Ländern der EU  
6 immer wieder die Forderung zur Bekämpfung von sogenannten Fluchtursachen. Gemeint sind  
7 hier eine ganze Bandbreite von Maßnahmen, die sich wahlweise auf die ‚Bekämpfung‘ von  
8 Armut und kriegerischen Konflikten oder Direktmaßnahmen in sogenannten Drittstaaten zur  
9 Verhinderung von Fluchtmöglichkeiten richten. Diese Form von aktionistischem Handeln  
10 lehnen wir ab. Als internationalistischer Jugendverband erkennen wir an, dass Menschen  
11 solange von ihren Heimatländern flüchten werden, wie globale Ungleichheiten, sowohl in  
12 ökonomischer Hinsicht als auch in Belangen der körperlichen Unversehrtheit sowie der  
13 gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, in dem Ausmaß existieren, wie es heute der Fall ist.  
14 Mit ein wenig Entwicklungszusammenarbeit und Hochrüstung der Grenzen in Drittstaaten ist  
15 es deshalb nicht getan. Deutschland und die Europäische Union insgesamt tragen zu einem  
16 erheblichen Teil zur Verstetigung von globalen Ungleichheiten durch asymmetrische  
17 Handelspolitik, Waffenexporte und teils imperialistische Außenpolitik bei. Die Flucht bietet  
18 deshalb für viele Menschen eine wesentlich konkretere Perspektive, ihre Lebensumstände zu  
19 verbessern – und in letzter Konsequenz ihr Leben zu retten – als vage Zusagen der  
20 Entwicklungszusammenarbeit, die mithin einzig auf das Erschließen von neuen Märkten  
21 ausgerichtet sind. Bestünde tatsächlich ein ernst gemeintes Interesse an der Bekämpfung von  
22 Fluchtursachen durch die Europäische Union – und nicht an der Bekämpfung von Flucht –,  
23 müssten Maßnahmen in viel stärkerem Ausmaß auf die Bekämpfung von globalen  
24 Ungleichheiten ausgerichtet sein.

25  
26 Die Europäische Union hat im Mittelmeer eine Militärmission („Sofia“) zur „Bekämpfung von  
27 Schlepperkriminalität“ ins Leben gerufen. Anstatt eine Seenotrettungsmission zur Rettung von  
28 Menschen auf dem Mittelmeer zu finanzieren, kreuzen nun Kriegsschiffe vor der libyschen  
29 Küste, um den Schleppern ihr Geschäft zu erschweren. Die frühere Mission 'Mare Nostrum' war  
30 eine Seenotrettungsmission, die zumindest ein Mindestmaß an Hilfe gewährte – auch wenn sie  
31 ebenfalls bereits Ansätze der aktuellen Fehlentwicklung enthielt. Dabei läge der Schlüssel, um  
32 das Geschäftsmodell der Schlepper zu unterbinden, in der Hand der Europäischen Union selbst:  
33 Die Schlepper können nur so lange Geld mit der tödlichen Mittelmeerüberfahrt verdienen, wie  
34 es keine legalen Wege zur Flucht nach Europa gibt. Offenbar besteht bei den  
35 Regierungschef\*innen derzeit eine höhere Bereitschaft, Geld für unsinnige Militäraktionen  
36 aufzuwenden, als dieses Geld in die Rettung von Menschenleben, humanitäre Visa und  
37 Integrationsmaßnahmen zu investieren.

38  
39 Für uns ist klar, dass internationale Solidarität und die Durchsetzung des Rechtes auf Leben  
40 nicht an den Europäischen Außengrenzen aufhören dürfen. Egal aus welchem Grund oder von  
41 welchem Ort ein Mensch flieht, niemand darf dafür mit seinem Leben bezahlen. Der  
42 gefährlichen Spirale zwischen Hochrüstung der Grenzen und immer gefährlicheren  
43 Fluchtrouten muss endlich ein Ende gemacht werden. Unser Ziel ist, dass alle Menschen dort  
44 leben können, wo sie wollen. Als Sofortmaßnahmen für sichere Fluchtrouten fordern wir jedoch  
45 von der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union:

- 46  
47 1. Sichere Fluchtwege Schaffen: Vergabe humanitärer Visa



1 Kein Mensch müsste sich auf ein Schlauchboot zur Mittelmeerüberfahrt begeben, wenn die  
2 sichere Flucht legalisiert wäre. Beispielsweise ist eine Einreise per Flugzeug sicher und deutlich  
3 billiger, jedoch nach EU-Richtlinie 2001/51/EG nicht legal: Fluggesellschaften haften demnach,  
4 wenn Passagiere im Zielland wegen fehlender Papiere abgewiesen werden. Das Unternehmen  
5 muss eine Strafe zahlen, den Rückflug organisieren und für Unterkunft und Verpflegung bis zur  
6 Rückreise aufkommen. Entsprechend werden Personen ohne Visum nicht transportiert.

7  
8 Wir fordern daher:

- 9 • Es muss eine humanitäre Visafreiheit eingeführt werden. Jeder Grenzübertritt – ob auf  
10 dem Land-, See- und Luftweg – mit dem Ziel, in einem Staat einen Asylantrag zu stellen,  
11 muss legalisiert sein. Diese Regelung muss die Durchreise einschließen.
- 12 • Die Bereitstellung humanitärer Visa (nach dem Beispiel Italiens) zur legalen Einreise und  
13 zur Übernahme der Reisekosten in die Europäische Union. Bis zum Zeitpunkt einer  
14 Einigung muss die deutsche Bundesregierung eine entsprechend hohe Anzahl für die  
15 Einreise nach Deutschland zur Verfügung stellen und den sicheren Transport in die  
16 Europäische Union organisieren und finanzieren.
- 17 • Die humanitären Visa sind gebührenfrei und unbürokratisch in den Botschaften und  
18 Konsulaten zu gewähren. Dafür müssen die nötigen personellen Aufstockungen in den  
19 Botschaften so schnell wie möglich umgesetzt werden, um die Wartezeiten zu  
20 minimieren.
- 21 • Die Familienzusammenführung von geflüchteten Personen ist umgehend wieder  
22 aufzunehmen und ebenfalls schnell und unbürokratisch über die Vergabe humanitärer  
23 Visa zu ermöglichen.
- 24 • Die EU-Richtlinie 2001/51/EG muss ersatzlos gestrichen werden.

## 26 27 2. Libysche Folter-Camps schließen

28  
29 Der UNO-Koordinator für Libyen, Martin Kobler, beschreibt die Situation in den Libyschen  
30 Camps als "furchtbar, entsetzlich und grauenhaft". Die Menschen sind unterernährt,  
31 willkürlicher Gewalt ausgesetzt und auf engstem Raum zusammengepfercht. Es wird von  
32 systematischen Erschießungen berichtet. Viele dieser Camps werden „privat“ von Milizen  
33 betrieben. Schätzungen zufolge hat die libyschen Regierung nicht mehr als 30 Prozent des  
34 libyschen Territoriums unter Kontrolle.

35  
36 Wir fordern daher:

- 37 • Alle Menschen, die sich in libyschen Camps befinden, sind umgehend in sichere Camps  
38 umzusiedeln. Eine Rückführung flüchtender Menschen nach Libyen darf keine Option  
39 sein.
- 40 • Die Menschenrechtsverbrechen in den Camps sind vor dem Internationalen  
41 Strafgerichtshof für Menschenrechte anzuklagen.
- 42 • Jegliche Unterstützung der Europäischen Union, die in die Hände der autonomen  
43 Milizen gelangen könnte, beispielsweise über die libyschen Küstenwache, ist sofort  
44 einzustellen

## 45 46 3. Flüchtlingscamps nach UN-Standards

1 Die finanzielle Ausstattung von UN Organisationen zur Hilfe und Unterbringung für Geflüchtete  
2 muss sofort verbessert werden. UNHCR und das World Food Program sind immer wieder  
3 genötigt, die grundlegenden Standards in den Camps zu senken, die Essensrationen zu kürzen  
4 und können im Winter nicht sicher vor dem Erfrieren schützen. Solche Umstände sind  
5 unverantwortbar.

6  
7 Daher bekräftigen wir erneut unsere bereits bestehenden Forderungen:

- 8
- 9 • Die Bundesregierung muss alle notwendigen Finanzmittel bereitstellen, um die
- 10 humanitären Standards in den Flüchtlingscamps zu gewährleisten.
- 11 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch die Bundesregierung zur
- 12 Verfügung gestellten Plätze im Rahmen des Resettlement-Programms
- 13 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens: Das Resettlement-Auswahlverfahren darf
- 14 nicht nach Bildungsstand, Herkunft oder Religionszugehörigkeit entschieden werden,
- 15 sondern je nach Notlage.
- 16 • unmittelbar nach der Ankunft sollte eine intensive Erstbetreuungsphase mit
- 17 gesundheitlicher und psychologischer Unterstützung stattfinden.
- 18 • Die Geflüchtetenunterbringungen auf dem europäischen Festland müssen ebenfalls
- 19 dringend verbessert werden. Vielfach erfüllen sie selbst nicht humanitäre
- 20 Mindeststandards.

#### 21

#### 22 4. Europäische Seenotrettung

23  
24 Wir fordern:

- 25 • Die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX muss unverzüglich abgeschafft werden.
- 26 Es steht für die menschenrechtswidrige und militarisierte Grenzabschottung der EU. Da
- 27 die Agentur zudem nicht demokratisch kontrolliert werden kann, bleibt nur die
- 28 gänzliche Auflösung.
- 29 • die Wiedereinsetzung einer Europäische Seenotrettungsmission nach dem Vorbild der
- 30 Mission „Mare Nostrum“ mit zusätzlichen Mitteln und Finanzen. Diese können durch
- 31 eine Umwidmung der Mission „Sofia“ zur Verfügung gestellt werden. Es ist Aufgabe der
- 32 Europäischen Union sicherzustellen, dass ihre Außengrenzen nicht zum Massengrab
- 33 werden. In der derzeitigen Situation ist dies nur mit einer staatlich organisierten
- 34 Seenotrettung möglich.
- 35 • Die Staaten mit südlicher EU-Außengrenze können die Integration von tausenden
- 36 Geflüchteten nicht alleine schultern. Die aus Seenot geretteten Flüchtenden müssen
- 37 virtuell auf alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nach einem festen Schlüssel
- 38 solidarisch verteilt werden. Wenn ein Staat weniger Geflüchtete aufnimmt, als er
- 39 müsste, muss er an diejenigen Staaten, die mehr Geflüchtete aufnehmen, als der
- 40 Schlüssel besagt, zahlen. Diese Regelung kann auch durch die partielle Streichung von
- 41 EU-Geldern an diesen Staat durchgesetzt werden. Die Verpflichtung zu den oben
- 42 genannten Ausgleichszahlungen bleibt weiterhin bestehen. Außerdem müssen für
- 43 Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren Mindeststandards gelten, von denen
- 44 einige EU-weit, andere Mitgliedslandspezifisch sein müssen.
- 45 • Eine Rückführung von Menschen in nicht-sichere Staaten muss ausgeschlossen werden.
- 46 Das Non-Refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention gilt uneingeschränkt.

#### 47

#### 48 5. Keine Deals zur gewaltsamen Zurückhaltung von Flüchtenden

1  
2 Die sogenannte „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei, sowie informelle Abkommen mit anderen  
3 Mittelmeer-Anreinerstaaten über die gewaltsame Zurückhaltung von flüchtenden Menschen  
4 sind umgehend aufzukündigen. Sie sind aus moralischen und humanitären Gründen nicht zu  
5 rechtfertigen, widersprechen internationalem Recht und machen die Europäische Union  
6 politisch erpressbar.

## 7 8 6. Die Kriminalisierung humanitärer Hilfe stoppen

9  
10 Seitdem die europäische Seenotrettungsmission beendet wurde, haben es sich gut ein Dutzend  
11 Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) zur Aufgabe gemacht, die Menschen im Mittelmeer  
12 vor dem Ertrinken zu retten. Rund 40 Prozent der Rettungen im Mittelmeer wurden in den  
13 letzten 1,5 Jahren von privaten Helfer\*innen durchgeführt. Dass diese eigentlich staatliche  
14 Verantwortung auf Laien und NGOs abgewälzt wird, ist an sich bereits Grund für Kritik. In den  
15 letzten Monaten wurde die humanitäre Hilfe auf dem Mittelmeer jedoch regelrecht  
16 kriminalisiert. Von rechten Bewegungen in Italien, Österreich und Deutschland ausgehend  
17 wurden absurde Anschuldigungen erhoben, die NGOs würden mit Schleppern kooperieren  
18 und Schleuser-Tätigkeiten durchführen. Ohne jegliche Beweise und trotz massiver Dementi  
19 seitens der NGOs wiederholte der deutsche Innenminister Thomas de Maizière ähnliche  
20 Anschuldigungen und die Italienische Regierung nötigte den NGOs einen „Code of Conduct“  
21 auf, der ihre Arbeit massiv einzuschränken droht. Als die libyschen Küstenwache einseitig eine  
22 70-90 Seemeilen große „Search-and-Rescue-Zone“ vor ihrer Küste ausrief, und somit  
23 internationale Hoheitsgewässer annektierte, erfolgte von der Europäischen Union keinerlei  
24 Reaktion – obgleich die EU den Aufbau der libyschen Küstenwache finanziert und unterstützt.  
25 Die Seenotrettungs-NGOs sehen sich seither massiven Übergriffen und Bedrohungen durch  
26 die libysche Küstenwache ausgesetzt, viele haben ihre Rettungsaktivitäten vorerst eingestellt  
27 oder stark eingeschränkt. Die nun fehlenden Rettungskapazitäten wurden von staatlicher Seite  
28 jedoch nicht ersetzt, sodass die Situation vor der libyschen Küste für die Flüchtenden nun noch  
29 gefährlicher ist als zuvor.

30  
31 Daher fordern wir:

- 32 • Ein Ende der Kriminalisierung von humanitärer Hilfe auf dem Mittelmeer durch die  
33 Bundesregierung und insbesondere das Innenministerium
- 34 • Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache so lange auszusetzen, bis die libysche  
35 Küstenwache ihre Übergriffe auf NGOs glaubhaft unterlässt und die einseitig erklärte  
36 „Search- and – Rescue- Zone“ aufgibt.
- 37 • Sicherheitsgarantien für die im Mittelmeer operierende NGOs durch die Europäische  
38 Union und Deutsche Bundesregierung. Keine humanitäre Organisation darf dazu  
39 gezwungen werden, bewaffnetes Personal an Bord zu nehmen.
- 40 • Nach der Umsetzung dieser Sofortmaßnahmen muss die Europäische Union und die  
41 Bundesrepublik Deutschland damit beginnen, die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit  
42 für alle Menschen zu realisieren. Es kann unter keinen Umständen gerechtfertigt sein,  
43 dass ein Teil der Menschheit ihr Leben riskieren muss, um Grenzen zu überwinden,  
44 während ein privilegierter Teil genauso wie Waren und Kapital sich grenzenlos bewegen  
45 kann. Eine Welt ohne Grenzen ist möglich.

## 46 47 7. Internationale Solidarität ermöglichen statt Flucht bekämpfen

1 Die Europäische Union gemeinsam mit den 28 Mitgliedstaaten trägt nach Eigenangaben mehr  
2 als 50 Prozent der weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Globale Ungleichheiten  
3 als zentrale Ursache für Fluchtbewegungen konnten bisher allerdings nicht wirksam  
4 eingedämmt werden. Seit der Verstärkung von Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 hat die  
5 Europäische Union zusätzliche budgetäre Mittel in die Hand genommen, um den sogenannten  
6 Grenzschutz in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten zu verstärken. Zusätzlich wurden über  
7 die längerfristigen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit hinaus verstärkt Mittel für Nord-  
8 und Westafrika bereitgestellt, die die ‚Fluchtursachen‘ bekämpfen sollen.  
9 Entwicklungszusammenarbeit muss sich stärker an Maßgaben internationaler Solidarität  
10 messen lassen, damit sie ihre intendierte oder vorgeschobene Wirkung erzielen.  
11 Sofortmaßnahmen sind nur dann hilfreich, wenn sie akute humanitäre Krisen bekämpfen und  
12 somit Flucht zu einer Option anstatt zu einer lebenserhaltenden Notwendigkeit macht.

13  
14 Deshalb fordern wir:

- 15 • Einen ehrlichen Umgang in der Diskussion um die Bekämpfung von Fluchtursachen.  
16 Gerade die SPD muss als Partei der internationalen Solidarität (gem. Hamburger  
17 Programm) stärker die Wechselwirkung zwischen dem deutschen Engagement im  
18 Ausland und Fluchtbewegungen in die Europäische Union thematisieren. Aktionistische  
19 Konzepte der SPD zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Zeiten hoher  
20 Flüchtlingsbewegung müssen allgemeinen Konzepten der Bekämpfung von globalen  
21 Ungleichheiten weichen.

22  
23 Die Anerkennung der Flucht als legitimes Mittel zur Verbesserung der individuellen  
24 Lebenssituation. Fluchtbewegungen werden zuvörderst durch globale Ungleichheiten  
25 ausgelöst. Die Ermöglichung von Flucht ist daher oft das schnellste und effektivste Mittel  
26 internationaler Solidarität, unabhängig davon, ob sich die individuelle Fluchtmotivation aus  
27 kriegerischen Konflikten, Verwehrung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, Verletzung  
28 der körperlichen Unversehrtheit oder ökonomischen Erwägungen speist.

## Antragsbereich O: Organisation und Parteireform

### Antrag O1\_2/17

---

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## O1\_2/17 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Parteiausschlusskriterium machen

1 Der § 35 Parteiordnungsverfahren des Organisationsstatuts der SPD soll um das  
2 Parteiausschlusskriterium „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ erweitert werden.

3 Demnach soll im Absatz

4 „(1) Gegen ein Mitglied, das gegen

- 5 1. die Statuten oder
- 6 2. die Grundsätze oder
- 7 3. die Ordnung der Partei verstößt,

8

9 kann ein Parteiordnungsverfahren durchgeführt werden. Gegen die Grundsätze der SPD  
10 verstößt insbesondere, wer das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt oder  
11 sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

12 Gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer beharrlich Beschlüssen des  
13 Parteitages oder der Parteiorganisation zuwider handelt.“

14 der Satz 2 erweitert werden zu:

15 „Gegen die Grundsätze der SPD verstößt insbesondere, wer das Gebot der innerparteilichen  
16 Solidarität außer Acht lässt, sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht *oder*  
17 *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit propagiert und diskriminiert.*

18 Die bisherige Formulierung des § 35 des Organisationsstatuts definiert nicht klar genug, bei welchen  
19 Verstößen ein Ausschlussverfahren zielführend eingeleitet werden kann. Menschenfeindliche  
20 Äußerungen, die sich insbesondere auf Gruppen und/oder Minderheiten beziehen, sind nach  
21 unserem Verständnis mit den Grundwerten der Sozialdemokratie nicht vereinbar. Dies betrifft  
22 sowohl verachtende Äußerungen in Hinblick auf Rassismus, aber auch Homophobie, Sexismus,  
23 Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Abwertung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Dies  
24 sollte durch unser Organisationsstatut unzweifelhaft abgebildet und „das Gebot der  
25 innerparteilichen Solidarität“ sowie das Verbot der „ehrlose[] Handlung“ entsprechend um das  
26 Merkmal „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ergänzt und präzisiert werden.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **O2\_2/17 Einführung eines basisdemokratischen verbindlichen Mitgliedervotums zur Wahl des SPD Parteivorsitzes**

1 In ihrer aktuell praktizierten Form ist die Wahl des Parteivorsitzes durch die Delegierten des  
2 Bundesparteitages nur im Anschein demokratisch. Formal liegt die Wahl zwar bei den Delegierten,  
3 praktisch wird ihnen jedoch lediglich eine einzige Kandidatur präsentiert, die zuvor durch  
4 Verhandlungen und Abstimmungen zwischen dem Präsidium, dem Vorstand, und Vertreter\*innen  
5 der Landesverbände bestimmt wird. Eine gleichberechtigte Beteiligung aller innerparteilichen  
6 Interessensgruppen an diesem Auswahlverfahren ist nicht gewährleistet. Stattdessen genießen  
7 bestimmte Gruppen, stark abhängig von den personellen Konstellationen und Netzwerken in der  
8 Parteispitze, unverhältnismäßige Einflussmöglichkeiten. Da die Initiative des Wahlvorschlags  
9 außerdem beim Vorstand liegt, entstehen asymmetrische formelle Hürden zwischen den  
10 Delegierten und der Parteispitze, die abschreckend auf Kandidaturen aus der Basis heraus wirken.  
11 Darüber hinaus werden Delegierte die trotzdem von der vorgegebenen Linie der Parteihierarchie  
12 abweichen oft von dieser dafür sanktioniert.

13 De facto findet keine Wahl statt, sondern lediglich ein Bestätigungsverfahren. Dieses Verfahren führt  
14 mitunter zu absurden Ergebnissen. So muss sich zum Beispiel ein\*e unbeliebte\*r Parteichef\*in trotz  
15 offenkundigem Unmutes in signifikanten Teilen der Basis keine\*r/m Gegenkandidat\*in/en stellen.  
16 Gleichermäßen ist ein\*e neugewählte\*r Vorsitzende\*r in der Lage ein unter demokratischen  
17 Gesichtspunkten höchst bedenkliches Ergebnis von 100% einzufahren. In beiden Fällen hätte eine  
18 inhaltliche Auseinandersetzung mit eine\*r/m Alternativkandidat\*in/en der Gesundheit der Partei  
19 besser gedient.

20 Ein solches Prinzip der „Hinterzimmer Deals“, dass die schlimmsten Politik-Stereotypen zu bemühen  
21 scheint, ist einer Partei die das Wort „demokratisch“ in ihrem Namen trägt schlicht unwürdig. Wir  
22 fordern daher, dass der Parteivorsitz künftig nicht von den Delegierten des Bundesparteitages,  
23 sondern durch ein verbindliches basisdemokratisches Mitgliedervotum bestimmt wird.

24 Ein solches Mitgliedervotum stärkt die politische Debatte in der Partei, schärft die inhaltliche  
25 Ausrichtung, und adressiert personelle Stagnation. Es führt zu einer verstärkten Rechenschaftspflicht  
26 zwischen Parteispitze und Basis. Anstatt lediglich im Notfall die Reißleine zu ziehen oder auf  
27 Rücktritte von Vorsitzenden zu warten, entsteht so eine kontinuierliche Debatte über die  
28 Ausrichtung der Partei, in der alle zwei Jahre Kandidaten gefunden-, Argumente vorgetragen-, und  
29 Mehrheiten organisiert werden müssen.

30 Des Weiteren macht ein solches Mitgliedervotum die konkreten Belange der Teile der Partei, die  
31 nicht mit de\*r/m amtierenden Vorsitzenden zufrieden sind, sichtbar. Wenn nach aktuellem  
32 Verfahren ein\*e Parteivorsitzende\*r 74,3% der Stimmen erhält, lassen sich zwar vage Rückschlüsse  
33 über Frustrationen an der Basis ziehen, jedoch keine personellen oder inhaltlichen Alternativen  
34 ablesen. Wenn jedoch bei einem Basisvotum ein\*e alternative\*r Kandidat\*in die restlichen Stimmen

1 auf sich vereint, so geht diese\*r mit einem klaren Mandat einer bedeutenden Zahl von Mitgliedern  
2 aus der Wahl heraus, und kann den Anspruch geltend machen, diese Positionen in der Parteispitze  
3 sichtbar zu vertreten.

4 Unsere Schwesterpartei aus Großbritannien kann uns bei diesem Vorhaben als Vorbild dienen. Nach  
5 einer ähnlichen Situation der inhaltlichen und personellen Stagnation nach der Wahl 2015 führten  
6 die zuvor neu eingeführten Mechanismen der Basis-Partizipation zu einer Revitalisierung der Partei.  
7 Über 300.000 Neumitglieder schlossen sich Labour an, um an den nötigen Veränderungen  
8 teilzuhaben und diese selbst zu erwirken. Als Folge schärfte die Partei ihr sozialdemokratisches  
9 inhaltliches Profil, erstarkte durch massiven politischen Aktivismus aus der Basis heraus, und konnte  
10 so bei der Wahl 2017 wieder elektorale Erfolge verzeichnen.

## **Antragsbereich S: Sport, Freizeit, Kultur**

Antrag S1\_2/17

---

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion möge beschließen:

# **S1\_2/17 eSport den Status der Gemeinnützigkeit zusprechen**

1 Videospiele sind heute in der Mitte unserer Gesellschaft als wichtiges neues Kulturgut  
2 hinzugekommen. Zu dieser Entwicklung gehört auch der eSport, der sich in den letzten Jahren als  
3 wichtiger gesellschaftlicher Faktor gerade in der jüngeren Generation etabliert hat und ein breites  
4 Publikum begeistert. Dabei werden von den Athlet\*innen im Bereich des eSport wie im klassischen  
5 Sport auch Werte wie Fairplay, Koordination, Respekt sowie viele weitere soziale Kompetenzen  
6 vorgelebt und erfüllen damit eine Vorbildfunktion für Fans. eSport verbindet dadurch tagtäglich  
7 Menschen, genau wie das beim Sport klassischen auch passiert.

8 Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass diese gesellschaftlich relevante und stetige Bewegung  
9 die gleichen Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt bekommen wie der klassische Sport  
10 auch. Dies würde zu weitreichenden Verbesserungen sowohl für Athlet\*innen wie auch für Fans  
11 führen. Die Abhängigkeit von Entwickler\*innen und Sponsor\*innen und deren Interessen, die  
12 zurzeit den eSport dominieren, könnte eingedämmt werden und der Weg für die Gründung von  
13 Vereinen und Verbänden freigemacht werden. Damit kann eine demokratische und gemeinnützige  
14 Ausrichtung garantiert werden, die nicht den Marketingzwecken von Entwickler\*innen und  
15 Sponsor\*innen, sondern der nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung des eSports dient. Durch  
16 die Internationalität der eSports-Branche sollten Entwickler\*innen über die deutsche Rechtslage  
17 und Wettbewerbsbedingungen informiert werden und von denen auch durch Kontrollen  
18 eingehalten werden.

19 Wir fordern, dass die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages sich dafür einsetzen, dass  
20 der eSport dem klassischen Sport gleichgestellt wird und somit ebenfalls den Status der  
21 Gemeinnützigkeit von § 52 Abs. 2 Nr. 21 der Abgabenordnung (AO) zugesprochen bekommt. Die  
22 Anerkennung des Status der Gemeinnützigkeit soll dabei unabhängig vom Genre des Spiels  
23 geschehen, insoweit der Inhalt des Spiels nicht im Widerspruch mit dem Grundgesetz, sowie dem  
24 besonderen Schutz von Minderheiten steht und solange das Spiel das Kriterium erfüllt, einen  
25 kompetitiven Charakter zu haben, der den Wettbewerb zwischen professionellen Athlet\*innen  
26 fördert.



Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

## **T1\_2/17 Beweislast beim BerlinPass-BuT umkehren – Bildungszugang erleichtern!**

1 Kinder und Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (Hartz IV) nach SGB II  
2 beziehen, haben das Anrecht einen BerlinPass-BuT zu beantragen. Mit diesem erhalten Kinder und  
3 Jugendliche aus sozialbenachteiligten Familien über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)  
4 Zuschüsse zum Schulmittagessen, zu Fahrtkosten oder persönlichen Schulbedarf, die Übernahme  
5 von Kosten für Kita- und Schulfahrten, Lernförderung oder Leistungen für die Teilnahme an  
6 sozialen und kulturellen Angeboten.

7 Die Gültigkeitsdauer eines BerlinPass-BuT ist jedoch gekoppelt an die Gültigkeitsdauer des  
8 jeweiligen Bewilligungsscheins, den die antragstellende Bedarfsgemeinschaft vom Jobcenter  
9 bekommt. Das heißt, dass der BerlinPass-BuT je nach Fall sechs Monate (bei Hartz IV-  
10 Empfänger\*innen) bzw. zwölf Monate gültig ist. Der BerlinPass-BuT kann nur dann verlängert  
11 werden, wenn das Jobcenter einen neuen Bewilligungsschein ausstellt und dieser beim Bürgeramt  
12 vorgewiesen wird. Die Beweislast liegt somit bei der\*dem Antragsteller\*in.

13 Diese bürokratische Regelung führt in der Praxis allerdings oft dazu, dass aufgrund von verspäteter  
14 Ausstellungen des Bewilligungsscheins, Schwierigkeiten bei der Terminvergabe in Bürgerämtern  
15 oder verspäteter Beantragung der Verlängerung des BerlinPasses betroffene Kinder aus  
16 sozialbenachteiligten Familien über mehrere Wochen und Monate im Jahr nicht aus dem Bildungs-  
17 und Teilhabepaket gefördert werden können. In diesen Fällen kann diese bürokratische Regelung  
18 die Förderung von Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe somit verhindern und mitunter negativ auf  
19 die Entwicklung und Bildung von Kindern und Jugendlichen wirken.

20 Um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche von dieser bürokratischen Kompetenzverteilung  
21 und Regelung betroffen sein können, fordern wir, dass die Beweislast bei der Verlängerung und  
22 Vergabe des BerlinPass-BuT umgekehrt wird.

23 Wir fordern, daher die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Berliner  
24 Senats dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass

- 25 • nach Erstantrag und -vergabe des BerlinPass-BuT dieser so lange gültig ist, bis ein  
26 Ablehnungsbescheid zum beantragten Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (Hartz IV) nach  
27 SGB II vorliegt. Verlängerungen und die regelmäßige Vorlage von Bewilligungsscheinen  
28 beim Bezirksamt sind damit nicht mehr von der\*dem Antragsteller\*in zu leisten und somit  
29 hinfällig.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **T2\_2/17 Öffentlichen Zugang zu Trinkwasser verbessern**

1 Wir fordern, dass an öffentlichen Plätzen Trinkwasserspender zu installieren sind. Die Anzahl der  
2 Trinkwasserspender richtet sich nach der Einwohner\*innenzahl einer Stadt sowie der  
3 Frequentierung eines Platzes und wird von Städteplaner\*innen generell bei der Neugestaltung von  
4 Plätzen berücksichtigt.

5

6 Des Weiteren fordern wir, dass Gastronomiebetriebe dazu verpflichtet werden, auf Anfrage  
7 kostenloses Trinkwasser (Leitungswasser in haushaltsüblicher Menge) zur Verfügung zu stellen.

8

9 Wasser ist das wichtigste Lebensmittel und der Zugang zu Wasser nicht nur lebensnotwendig,  
10 sondern auch Lebensqualität – ob zu Hause oder im öffentlichen Raum.

11

12 In unserer Hauptstadt Berlin gibt es nur ca. 40 Trinkwasserbrunnen, während es in Paris 733 sind.  
13 Deutschland ist im europäischen Vergleich bestenfalls im Mittelfeld. Es ist nicht leicht, im  
14 öffentlichen Raum an kostenloses Trinkwasser zu kommen.

15

16 Besonders Menschen mit niedrigem Einkommen und Obdachlose leiden unter der kapitalistischen  
17 Verwertung von Durst, einem der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse.

18

19 Es muss dringend nachgebessert werden. Die USA, Spanien, Italien, die Schweiz, und Frankreich  
20 machen es uns vor. In diesen Ländern sind öffentliche Trinkwasserbrunnen und -spender ein  
21 häufiges Straßenbild. Lasst uns diese Lebensqualität auch in Deutschland verwirklichen!

**Antragssteller\*innen:** Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **T4\_2/17 Kinder haben ein Recht auf einen vollen Magen: kostenfreies Mittagessen jetzt!**

1 Mindestens 600.000 Kinder leben in Deutschland in absoluter Armut

2 Das Thema Familie prägt stets die Wahlkämpfe aller Parteien. Kein Wunder, denn nicht weniger als  
3 acht Millionen Familien mit minderjährigen Kindern leben in Deutschland. Mit dem Elterngeld Plus,  
4 dem Kita-Ausbau, der Erhöhung des Kindergeldes, dem Steuerfreibetrag, dem Wohngeld und dem  
5 Unterhaltsvorschuss und weiteren geplanten Gesetzesvorhaben setzt sich die SPD kontinuierliche  
6 für eine Stärkung der Familien ein. Doch das Geld kommt gar nicht bei allen Familien an!

7 Denn trotz all dieser Maßnahmen leben in Deutschland immer noch mindestens 600.000 Kinder  
8 (4,7 Prozent der unter 18-Jährigen) in absoluter Armut und bekommen nicht regelmäßig genug zu  
9 essen. Weitere 2,7 Millionen Kinder gelten als relativ arm. Laut dem neuen Armuts- und  
10 Reichtumsbericht der Bundesregierung leben diese Kinder in Haushalten mit weniger als 60  
11 Prozent des mittleren Einkommens und das oft über mehrere Jahre. Somit ist fast jedes fünfte Kind  
12 von Armut unmittelbar betroffen oder davon bedroht. Dabei kann davon ausgegangen werden,  
13 dass die Dunkelziffern, gerade bei Geflüchteten oder bei Familien, die auf Hartz-IV angewiesen  
14 sind, noch weitaus höher liegen.

15 Diese erschreckenden Zahlen belegen erneut, dass das Hartz-IV System kein Leben in Würde  
16 zulässt. Dass Menschen und Familien, die staatliche Leistungen beziehen, in akute Armut gedrängt  
17 und gehalten werden, ist ein Skandal. Ein System, in dem sich Menschen nicht mal ein Mittagessen  
18 für ihre Kinder leisten können, gehört abgeschafft. Eine Grundsatzreform der sozialen  
19 Sicherungssysteme, die mit der entwürdigenden Hartz-IV-Sanktionspraxis radikal bricht, sowie  
20 mindestens Bezüge in der vom Paritätischen Wohlfahrtsverband geforderten Höhe gewährt, ist  
21 zwingend erforderlich. Forderungen nach kleineren Verbesserungen und das Drehen an  
22 Stellschrauben innerhalb dieses Systems können höchstens kurzfristige Akuthilfe schaffen, können  
23 die systemimmanenten Ursachen der Armut jedoch nicht beseitigen.

24 Viele Maßnahmen erreichen Kinder aus Familien im Hartz-IV-System nicht, da ihr  
25 Haushaltseinkommen gedeckelt ist. Somit sind diese Kinder trotz der ganzen Erhöhungen  
26 weiterhin oftmals außen vor bei Dingen, die für ihre Klassenkamerad\*innen völlig normal sind.  
27 Dazu zählen die Teilnahme in Sportvereinen, Musizieren, Kino, Nachhilfe, aber auch eine gesunde  
28 und ausgewogene Ernährung. Dabei zeigen Studien schon lange, dass alle diese Dinge nicht nur  
29 wichtig sind, da sie helfen im Kindesalter soziale Kompetenzen zu erlernen sondern weil sie auch  
30 wesentlich dazu beitragen Kinder in unsere Gesellschaft zu integrieren.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42

Gesunde Ernährung, ein Luxusgut? Leider JA!

Mit 600.000 von Armut und 2,7 Millionen von relativer Armut betroffenen Kindern, ist für 3,3 Millionen der in Deutschland lebenden Kinder gesunde Ernährung nachwievor ein Luxusgut. Ein Zustand, der für uns untragbar ist!

Gerade für Kinder ist aufgrund ihres Wachstums gesunde, abwechslungsreiche Ernährung besonders wichtig. Auch die Krankenkassen beklagen, dass bereits 20 Prozent der Kinder in Deutschland übergewichtig sind. Dabei ist schon länger bekannt, dass Übergewicht und Adipositas oft zu bleibenden körperlichen, wie auch psychischen Schäden führt. Dass dies gerade für Kinder am Existenzminimum eine große Gefahr darstellt, zeigt der neue Armuts- und Reichtumsbericht. Kinder, die in Armut leben, leiden aufgrund von ungesunder Ernährung und weniger sportlicher Betätigung viel häufiger an Übergewicht oder Adipositas und sind dadurch vermehrt psychischen Stress- und Gewaltsituationen ausgesetzt.

Bildungspaket soll Abhilfe schaffen - Gute Idee, aber in der Umsetzung gescheitert!

Obwohl diese Probleme schon lange hinreichend bekannt sind und soziale Gerechtigkeit ein Dauerbrenner in Wahlkämpfen - gerade der SPD - ist, fallen die Anstrengungen der Politik häufig halbherzig aus und finden nur unter großem Widerwillen eine Mehrheit. Viele eigentlich selbstverständliche Rechte mussten erst vor Gericht erkämpft werden. So wurde erst 2011 auf Druck des Bundesverfassungsgerichts das "Bildungspaket" eingeführt, wodurch Familien im Hartz-IV System Zuschüsse für Mittagessen, Sportverein, Musikschule, Klassenfahrten oder Nachhilfe erhalten. Bei Gewährung der Bildungs- und Teilhabe-Leistungen würden die Familien für alle diese Punkte höchstens 250 Euro mehr im Jahr bekommen. Was laut einer Untersuchung ("Evaluation der bundesweiten Inanspruchnahme und Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe"; Stand Juli 2015), die von der Bundesregierung selbst in Auftrag gegeben wurde, aber bei weitem nicht ausreicht, um die Kosten für Sportverein, Nachhilfe und Mittagessen abzudecken. Zudem werden die Leistungen kaum genutzt, da die Beantragung so kompliziert ist, dass viele davor zurückschrecken. Ein weiteres Problem ist, dass viele Leistungsberechtigte über ihre Ansprüche, über die genauen Anspruchsvoraussetzungen oder über die Antragsverfahren nicht ausreichend informiert sind. Allein 182 Millionen Euro von den 570 Millionen Euro Fördergeldern, die im Bildungspaket für die genannten Leistungen zur Verfügung gestellt worden sind, wurden für Verwaltungskosten verwendet.

Genau wie die Zusammensetzung des Hartz-IV-Satzes ist auch die Zusammensetzung der genannten Jahrespauschale von 250 Euro ausgesprochen problematisch. So werden soziale und kulturelle Aktivitäten gerade einmal pauschal mit 10 Euro gefördert. Die Förderung für Nachhilfe liegt gänzlich im Ermessen der Leistungsstelle und kann nur beantragt werden, wenn das Kind gefährdet ist in der Schule sitzen zu bleiben. Häufig müssen Eltern eine Prognose für den Erfolg der Förderung einreichen und diese zusätzlich durch Bescheinigungen der Schule absichern. Den umfangreichsten Punkt in den 250 Euro macht der persönliche Schulbedarf in Höhe von 100 Euro aus. Hier runter fällt auch die Förderung für Mittagessen, die jedoch einen Eigenanteil von 1 Euro pro Schul- oder Betreuungs-Tag voraussetzt.

1 Das Bildungspaket ist damit gescheitert! Die Maßnahmen schaffen es leider nicht mal im Ansatz die  
2 Probleme der Familien abzufangen. Daher müssen viele Aufgaben, die eigentlich Aufgaben des  
3 Staates wären, von ehrenamtlichen Organisationen übernommen werden. Obwohl diese  
4 Organisationen gute Arbeit leisten, ist dieser Zustand unerträglich. Gerade die Ernährung von  
5 Kindern ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt und sollte keine Wohltätigkeitsleistung sein.

6  
7 Den Hunger der Kinder zu stillen ist Aufgabe des Staates nicht der Tafeln und Familienschutzwerke

8 Bisher werden jedoch viele der Hunger leidenden oder schlecht ernährten Kindern von den Tafeln,  
9 dem Familienschutzwerk und/oder anderen Projekten versorgt. So gibt es zum Beispiel die  
10 "Kinderküche" in Moabit. Kinder von Hartz-IV Empfänger\*innen bekommen hier ein kostenloses  
11 Mittagessen, teilweise auch schon Frühstück, aber vor allem werden sie betreut und versorgt. Die  
12 Eltern müssen vorab mit ihrem Hartz-IV Bescheid zu einem Beratungsgespräch vorbeikommen.  
13 Dies hat einerseits viele Vorteile, da die Kinder individueller und besser betreut werden können.  
14 Lebt das Kind beispielsweise in einer Familie in der eine Suchterkrankung vorliegt, wird auch hier  
15 Hilfe durch die ehrenamtlichen Pädagogen\*innen geleistet. Darüber hinaus bieten die  
16 "Kinderküche" den Kinder auch ein Sozial- und Sicherheitsnetz. Andererseits bildet dieses  
17 Vorgespräch auch eine hohe Hürde und schließt viele Kinder, deren Eltern nicht dazu bereit sind,  
18 von der Maßnahme aus. Des Weiteren helfen Lehrer\*innen und Studierende den Kindern bei den  
19 Hausaufgaben. Ein wichtiger Fokus der "Kinderküche" und des "Familienschutzwerkes" liegt dabei  
20 auch darin, den Kindern ein Bewusstsein für gesunde Ernährung zu vermitteln. So haben einige  
21 Kinder in der Kinderküche das erste Mal in ihrem Leben Erdbeeren gegessen.

22  
23 Wer soziale Gerechtigkeit ernst meint, muss beim kostenlosen Schulmittagessen anfangen

24 Wir fordern, dass es nicht länger die Aufgabe der Tafeln, Familienschutzwerke und anderer Projekte  
25 sein kann, eine gesunde Ernährung der in Deutschland lebenden Kinder sicherzustellen. Wir sehen  
26 den Staat und jedes Bundesland in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass Kindern der Zugang zu und ein  
27 Bewusstsein für gesunde Ernährung ermöglicht wird. Nach der jetzigen Regelung ist eine  
28 Genehmigung der Gelder davon abhängig, welche sozialpolitische Neigung der Verantwortliche in  
29 den Jobcentern der Kommunen hat. Dies ist kein haltbarer Zustand. Es müssen verlässliche  
30 Kriterien erarbeitet werden, auf die sich betroffene Familien verlassen können. Es darf zukünftig  
31 keinen Unterschied machen, in welchem Jobcenter eine betroffene Person betreut wird.  
32 Grundrechte dürfen nicht von den Sachbearbeiter\*innen abhängen!

33 Daher fordern wir eine Auflösung der Bildungs- und Teilhabeleistungen, sowie eine Abschaffung  
34 des Systems, dass durch Einzelanträge besticht. Wir fordern eine Umverteilung des Geldes und  
35 sehen den Staat in der Pflicht Einrichtungen mit Sozialpädagog\*innen ins Leben zu rufen, die eine  
36 Versorgung der Kinder mit gesunder Ernährung, sportlichen Angeboten, kulturellen Aktivitäten  
37 und Nachhilfe, sowie eine sozialpädagogische Betreuung ermöglichen. Wichtig ist uns, dass die  
38 Einrichtungen nicht nur für alle Kinder aus Hartz-IV Familien zugänglich sind. Allen Kindern, denen  
39 bisher der Zugang zu Bildungs- und Teilhabe Aktivitäten aufgrund der finanziellen Situation ihrer  
40 Eltern verschlossen war, sollen zukünftig ein Anrecht auf eine Betreuung nach der Schule mit Fokus  
41 auf Ernährung, Musizieren, Sport, Ausflüge und Nachhilfe haben. Denn Integration und Teilhabe  
42 aller Menschen in Deutschland, sowie ein Leben außerhalb des Existenzminimums sind  
43 Grundpfeiler unserer Demokratie!

44 Unsere Forderungen:

1 Wir fordern, dass allen Kindern ein kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas zur Verfügung  
2 gestellt wird. Dieses muss Qualitätsstandards entsprechen, die entsprechend auszuarbeiten  
3 sind. Es ist zu überlegen die Mensen in einer Übergangsphase zunächst mittels eines  
4 solidarischen Beitrags der Eltern, der sich nach dem Haushaltseinkommen richtet zu  
5 finanzieren, bis eine Finanzierung ausschließlich über Steuermittel möglich ist.

6 Wir fordern eine Grundsatzreform des sozialen Sicherungssystems, die das Hartz IV –  
7 Paradigma endgültig beseitigt. Der ALG-II Regelsatz muss mindestens auf das vom  
8 Paritätischen Wohlfahrtsverband geförderte Maß angehoben wird.

9 Wir fordern, dass Kinderarmut nicht länger beschönigt oder totgeschwiegen wird. Hierzu  
10 müssen in regelmäßigen Abständen Statistiken vorgelegt werden, die insbesondere auch  
11 Kinderarmut in Familien, die nicht von Hartz-IV betroffen sind, erfassen. Hierzu muss die  
12 Definition von Kinderarmut präziser ausgearbeitet werden. Eine reine Abhängigkeit vom  
13 monetären Haushaltseinkommen ist hierfür nicht zielführend. Dazu müssen auch  
14 Partizipations- und Teilhabenchancen berücksichtigt werden.

15 Wir fordern daher, dass die Bildungs- und Teilhabeleistungen nicht mehr länger ontop  
16 beantragt und damit der Willkür sozialpolitischer Neigungen ausgesetzt sind. Zukünftig, soll  
17 den Kindern das Geld in Form von Mittagessen, Nachhilfe oder Musik und Sportkursen direkt  
18 zu Gute kommen. Dies kann beispielsweise durch eine höhere Bezuschussung der Mensen und  
19 Sportvereine geschehen. Ein Gutscheinsystem für Hartz-VI-Empfänger\*innen lehnen wir ab.

20 Zusätzlich fordern wir in die Einführung einer Kindergrundsicherung, deren Höhe auf Basis  
21 empirischer Untersuchungen erfolgt, um somit einer willkürlichen, politisch motivierten  
22 Festlegung entgegenzuwirken. Aktuell sollte diese mindestens monatlich 564 Euro betragen.  
23 Aber ab einem bestimmten Haushaltseinkommen, muss eine stufenweise Reduktion des  
24 Betrages stattfinden.

25 Bis dieser Punkt erreicht ist, muss der Staat die bestehenden sozialpädagogischen Projekte und  
26 Einrichtungen stärker unterstützen und langfristige Finanzierungskonzepte vorlegen, damit die  
27 Träger\*innen eine höhere Planungssicherheit genießen. Sowie die betroffenen Eltern besser  
28 über ihre Ansprüche beraten und mehr Informationsmaterial beispielsweise in den Jobcentern  
29 zur Verfügung stellen.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **T5\_2/17 Zwangspoolung abschaffen – Selbstbestimmung garantieren!**

1 Das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen,  
2 kurz Bundesteilhabegesetz, das am 23. Dezember 2016 im Bundestag beschlossen wurde und am  
3 25. Juli 2017 in Kraft getreten ist, verspricht Menschen mit Behinderung eine vermeintlich  
4 selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.

5 Laut UN-Behindertenrechtskonvention ist eine Verbesserung der sozialen Teilhabe behinderter  
6 Menschen in Deutschland längst überfällig.

7 Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist in der jetzigen, beschlossenen Form aber unzulänglich  
8 beziehungsweise fehlerhaft. Das Bundesteilhabegesetz sieht als Eingliederungshilfen Maßnahmen  
9 vor, die dem Artikel 19 der UN-Behindertenkonvention widersprechen. Gegen das dort formulierte  
10 Menschenrecht auf „selbstbestimmtes Leben und Einbeziehung in die Gemeinschaft“ sprechen das  
11 sogenannte „Pools von Leistungen“ und die damit verbundene Bevormundung durch Behörden.

12 Leistungen zur Eingliederung werden nicht mehr individuell, sondern für mehrere Betroffene  
13 gemeinsam bewilligt, wenn die gemeinsame Leistung laut §116 des BTHG „für die  
14 Leistungsberechtigten zumutbar ist und mit Leistungserbringern entsprechende Vereinbarungen  
15 bestehen.“ Hier droht eine Abhängigkeit von den Behörden und den Leistungsträger\*innen, die  
16 zur „Zwangspoolung“ führen kann. Individuelle Transporte zu Freizeitaktivitäten werden nicht  
17 mehr möglich, Assistenzen müssen geteilt werden oder ein Leben in einer Wohngemeinschaft wird  
18 zwangsweise vorgeschrieben. Wollen beispielsweise mehrere Menschen aus einer Region  
19 unabhängig voneinander in eine größere Stadt gebracht werden, so werden diese nun gebündelt  
20 an einem Termin transportiert, um Kosten zu sparen. Auf die individuellen Termine und  
21 Bedürfnisse der Einzelnen\* wird dabei keine Rücksicht genommen. Die „Zwangspoolung“  
22 widerspricht daher dem Recht auf Selbstbestimmung.

23 Grundsätzlich sind die Hilfsleistungen nur vermeintlich den individuellen Ansprüchen der  
24 Betroffenen angepasst. Im Bundesteilhabegesetz formuliert §104 II allerdings explizit, dass den  
25 Wünschen der Leistungsberechtigten nur dann zu entsprechend sind, wenn sie als angemessen  
26 bewertet werden. Die Angemessenheit richtet sich aber nur nach den Kosten. Werden die Kosten  
27 für eine gewünschte Leistung als „unverhältnismäßig“ angesehen, müssen sich die Betroffenen mit  
28 „vergleichbaren Leistungen“ zufrieden geben. Was eine solche vergleichbare Leistung ist,  
29 beschließen die Leistungserbringer\*innen. Leistungserbringer\*innen sind Einrichtungen oder  
30 Dienstleister\*innen, die von den verschiedenen Leistungsträger\*innenschaften (Krankenkasse,  
31 Sozialamt, etc.) mit gewissen Eingliederungshilfen beauftragt wurden. Hierin äußert sich ein  
32 zugrundeliegender Sparzwang, der den individuellen Ansprüchen der Betroffenen übergeordnet  
33 ist.

1 Das Bundesteilhabegesetz soll deswegen korrigiert und zu einem Gesetz der wirklichen Teilhabe  
2 und der tatsächlichen Selbstbestimmung gemacht werden. Nur ohne zwanghafte Auflagen, die die  
3 Betroffenen letztlich pauschalisieren und individuelle Bedürfnisse missachten, und ohne  
4 Bevormundung durch Ämter und Leistungsträger\*innenschaften kann das Gesetz die  
5 Selbstbestimmung garantieren.

6 Deswegen fordern wir:

- 7 • Die Eingliederungshilfen sollen individuell genehmigt werden, um eine tatsächliche  
8 (soziale) Teilhabe eines jeden Individuums nach den individuellen Ansprüchen und Vorlieben zu  
9 ermöglichen. Das bedeutet gleichzeitig ein Verzicht auf „Zwangspoolung“
- 10 • Die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen sollen an erster Stelle stehen und sie sollen  
11 nicht aufgrund von Kosten zurückgestellt werden dürfen. Der Sparzwang darf die Lebensqualität  
12 der Betroffenen keinesfalls einschränken und muss deswegen aufhören. Eine transparente  
13 Beurteilung der Leistungen anhand von Kriterien, die gemeinsam mit den Betroffenen erstellt  
14 werden, halten wir für maßgeblich, um das Recht auf Selbstbestimmung und eine gleichwertige  
15 Lebensqualität wirklich erreichen zu können.
- 16 • Die nach dem (korrigierten) Bundesteilhabegesetz festgelegten Rechte auf Leistungen  
17 müssen transparent und übersichtlich gemacht werden. Allen Betroffenen muss eindeutig klar  
18 werden können, wem welche Leistungen zustehen und wie sie sie beziehen können. Damit kann  
19 der Willkür oder Fehlern der Ämter vorgebeugt werden.



Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **T6\_2/17 Wohnungslosigkeit verhindern!**

1 Wohnungslosigkeit ist für viele nicht-betroffene Bürger\*innen unsichtbar. Im Gegensatz zu  
2 Menschen, die obdachlos sind und Unterschlupf in öffentlichen Plätzen im Freien suchen, haben  
3 wohnungslose Menschen zumeist ein Dach über dem Kopf, aber nicht ihr eigenes. Es sind  
4 Menschen, die keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum besitzen und übergangsweise bei  
5 Verwandten, Freund\*innen, Bekannten oder in staatlichen Obdächern leben. Die Gründe für  
6 Wohnungslosigkeit sind sehr individuell, meist beinhalten sie Gewalterfahrung, Migration und  
7 Suchtprobleme.

8 In Berlin steigen die Mieten seit Jahren und mit ihnen auch die Zahl der Wohnungslosen. Die  
9 Leitlinien der Wohnungslosenhilfe sind zudem veraltet. Ein großes Problem bei der aktiven  
10 Bekämpfung von Wohnungslosigkeit ist die fehlende Datengrundlage, wie viele Menschen in  
11 Berlin überhaupt betroffen sind. Durch eine amtliche Statistik wäre allerdings eine genauere  
12 Bedarfsermittlung möglich, wodurch die zur Verfügung stehenden Mittel gezielter und somit  
13 effektiver eingesetzt werden könnten.

14 Eine Unterbringung in Einrichtungen gemäß des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes  
15 (ASOG) erfolgt in Pensionen, Hotels und Arbeitnehmer\*innenwohnheimen, i. d. R. gewerblicher  
16 Träger, i. d. R. ohne sozialarbeiterische Unterstützung. Einige Träger bieten überdies Wohnheime  
17 mit einem freiwilligen sozialarbeiterischen Beratungs- und Unterstützungsangebot an, jedoch ist  
18 der Betreuungsschlüssel nicht ausreichend hoch genug. Der aktuell hohe Bedarf an  
19 Unterkunftsplätzen wird zusätzlich von Nachtcafés gestemmt. Die vielen Ehrenamtlichen leisten  
20 hier enorm wichtige Arbeit und müssen stärker als bislang vom Land Berlin unterstützt werden. Es  
21 besteht außerdem ein erheblicher Mangel an geschützten Räumen und Unterkunftsplätze für  
22 Frauen\* und Kinder. Wohnung und Wohnumfeld sind zentraler Lebens- und Erfahrungsraum für  
23 Kinder und Jugendliche und damit Rahmenbedingung für ihre Sozialisation. Die Anforderungen  
24 für ein gesundes Aufwachsen erfordern von der Wohnsituation des Kindes Freiräume,  
25 Bewegungsmöglichkeiten, Sicherheit, Möglichkeiten zum sozialen Austausch,  
26 Rückzugsmöglichkeiten und eine kind- bzw. Jugendgerechte Infrastruktur im Sozialraum.

27 Damit ausreichend Notunterkunftsplätze zur Verfügung stehen, werden zurzeit außerdem  
28 Traglufthallen genutzt. Die dortigen Bedingungen bezüglich Privatsphäre und Lebenswürdigkeit  
29 sind jedoch nicht tragbar! Die Unterbringung in ASOG-Unterkünften wiederum ist pro Person  
30 teurer als gewöhnliche Mietpreise. Die Schaffung von günstigem Wohnraum muss oberste Priorität  
31 haben. Da jedoch aktuell 60% der Berliner\*innen einen Anspruch auf einen  
32 Wohnberechtigungsschein (WBS) haben, ist dieses Instrument zur Bekämpfung von Verdrängung  
33 und Wohnungslosigkeit ein stumpfes Schwert.

34

35 Wir fordern daher

- 1 • einen deutlicher Ausbau der Notübernachtungsplätze für Frauen\* und Kinder;  
2 Bereitstellung von ganztägigen Not- und Übergangsunterkünften in jedem Bezirk  
3 ausschließlich für Familien, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- 4 • die Einführung einer amtlichen Statistik über Wohnungslosigkeit in Berlin, inkl. der  
5 Erfassung von Kindern im Haushalt.
- 6 • Räumungen von Haushalten, die zur Obdachlosigkeit der Bewohner\*innen führen, werden  
7 grundsätzlich verboten.

8 Auf die bereits unter der rot-grünen Regierung abgeschaffte  
9 „Vermieterbescheinigung“/„Wohnungsgeberbestätigung“ muss umgehend wieder verzichtet  
10 werden. Zukünftig muss es übergangsweise – mit Zustimmung der Mieter\*innen – sich an einer  
11 Anschrift zu melden, an welcher die betreffende Person nicht selbst ansässig ist. Dieser Schritt  
12 ermöglicht es, vorübergehend die Wohnsitzlosigkeit zu überbrücken.

13 Weiterhin fordern wir:

14 Die ehrenamtlichen Nachtcafés bieten eine wichtige Anlaufstelle für Wohnungslose. Sie müssen  
15 finanziell und personell unterstützt werden. Dasselbe gilt für weitere ehrenamtliche Strukturen und  
16 Angebote für Menschen ohne geklärte Ansprüche.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **T8\_2/17 „Ruf die Hebamme an! Wie denn? Wir ham keene mehr!“**

### **1 Warum brauchen wir Hebammen und Entbindungspfleger?**

2 Entschließt sich eine Person dazu, ein Kind zu bekommen, ist es selbstverständlich, dass sie die  
3 Betreuung durch medizinisch geschultes Fachpersonal benötigt. Hebammen und  
4 Entbindungspfleger betreuen Menschen vor, während und nach einer Geburt, oft sogar  
5 eigenverantwortlich. Im Idealfall lernen sich die Hebamme/ der Entbindungspfleger und die  
6 schwangere Person schon während der Schwangerschaft kennen. Eine Betreuung durch eine  
7 Hebamme ermöglicht es den Personen, die Geburt selbstbestimmt zu planen, den Geburtsort frei  
8 zu wählen und Ängste und Sorgen anzusprechen, bevor sie zu einem Problem werden. Eine  
9 intensive 1:1 Betreuung während der Geburt, vor allem für Erstgebärende, ist enorm wichtig, damit  
10 die Geburt reibungslos verläuft und damit bei Komplikationen schnell eingegriffen werden kann.  
11 Hebammen und Entbindungspfleger vermitteln Sicherheit, beraten Gebärende kompetent und  
12 betreuen sie auf fachlich höchstem Niveau. Für uns ist es daher ein Schreckens-Szenario, dass diese  
13 Berufsgruppe derzeit vom Aussterben bedroht ist, es gibt immer weniger Hebammen und  
14 Entbindungspfleger. Wie können wir die Versorgung gewährleisten, wenn niemand da ist?

### **15 Aktuelle Situation**

16 Immer wieder lesen wir in den letzten Wochen, Monaten oder sogar Jahren Schlagzeilen in der  
17 Zeitung wie "Hebammen-Situation wird noch schwieriger". Wir lesen Horrorgeschichten von  
18 Frauen\*, die keine Hebamme finden, obwohl sie sich sofort gekümmert hätten, sobald der  
19 Schwangerschaftstest trocken war. Und diese Horrorgeschichten sind keine Einzelfälle. Es stimmt:  
20 Gerade für Frauen\* im ländlichen Raum, aber auch für Frauen in großen Städten wie Berlin, ist es  
21 heutzutage geradezu unmöglich eine Hebamme zu finden. Aber woran liegt das? Diese Situation  
22 hat viele Gründe. Es beginnt mit der Ausbildung, in welcher angehende  
23 Hebammen/Entbindungspfleger schlecht bezahlt werden. Oder überhaupt keinen  
24 Ausbildungsplatz bekommen. Der Beruf der Hebamme ist bis heute sehr beliebt, es mangelt nicht  
25 an Bewerber\*innen. Auf eine Stelle bewerben sich im Schnitt 7 Bewerber\*innen. Ist eine  
26 Hebamme/ein Entbindungspfleger dann ausgebildet, steht sie/er\* vor der Wahl: ein unterbezahlter  
27 Job im Krankenhaus, mit vielen Überstunden oder doch lieber freiberuflich mit mehr Zeit für sich,  
28 aber einem enorm hohen Armutsrisiko? Beide Optionen scheinen uns nicht sehr attraktiv. Und den  
29 Absolvent\*innen auch nicht. Auch deswegen gehen viele nach Skandinavien, wo nicht nur der Ruf  
30 von Hebammen besser sind, sondern auch Arbeitsbedingungen, Bezahlung und die Regelung rund  
31 um die Haftpflichtversicherung. Die Haftpflicht ist auch eines der großen Themen, welches in den  
32 oben genannten Zeitungsartikeln oft als Auslöser des Problems geschildert wird. Und es stimmt:  
33 Die Haftpflichtbeiträge für freiberufliche Hebammen sind in den letzten Jahren enorm gestiegen.  
34 Zahlte eine Hebamme/ein Entbindungspfleger im Jahre 2002 noch 1.500 Euro pro Jahr, so sind es  
35 2014 schon 5.000 gewesen. Das ist nicht leistbar, wenn mensch pro Geburt nur 300-700 Euro  
36 bekommt.

## 1 **Haftpflichtproblematik**

2 Alle Tätigkeiten, die Hebammen und Entbindungspfleger durchführen, müssen versichert sein.  
3 Durch die Nachhaftung, die sogar noch 30 Jahre nach der stattgefundenen Geburt greift,  
4 benötigen sie außerdem einen Versicherungsschutz, der dies mit abdeckt. Durch die lange  
5 Verjährungsfrist kann es passieren, dass die Hebamme bzw. der Entbindungspfleger erst im  
6 Rentenalter davon betroffen ist. Dadurch entsteht eine unkalkulierbare Kostensituation.

7 Für die Versicherungen sind die Kosten, um geburtshilflichen Schäden zu regulieren, in den letzten  
8 Jahren drastisch angestiegen, entstandene Kosten werden auf Hebammen und  
9 Entbindungspfleger übertragen.

10 Besonders hoch sind die Prämien bei den freiberuflich tätigen Hebammen und  
11 Entbindungspflegern. Davon betroffen sind unter anderem Beleghebammen, die nicht an einem  
12 Krankenhaus angestellt sind, dort jedoch arbeiten und ihre Leistungen mit der Krankenkasse direkt  
13 abrechnen. Laut dem Deutschen Hebammenverband werden gut 20 Prozent aller Geburten in  
14 Krankenhäusern von Beleghebammen betreut.

15 Es gibt bislang keine verlässlichen Zahlen über geburtshilfliche Schadensfälle. Der Gesamtverband  
16 der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) stellte im November 2015 jedoch fest, dass die Zahl  
17 der Geburtsschadensfälle stagniert, die Ausgaben für schwere Schäden aber drastisch gestiegen  
18 sind.

19 Wenn immer weniger freiberufliche Hebammen und Entbindungspfleger vorhanden sind, verlieren  
20 Gebärende das Recht auf freie Wahl des Geburtsortes. Schon jetzt gibt es große Engpässe in den  
21 Großstädten und in dünner besiedelten Gebieten. Deswegen fordern wir einen Haftpflichtfonds  
22 nach skandinavischem Modell. Dort zahlen Hebammen und Entbindungspfleger nur einen  
23 Bruchteil der deutschen Versicherungsbeiträge, die Kosten für Fehler, die unter der Geburt  
24 passieren, werden aus einem steuerfinanzierten Fonds ausgezahlt. Der Deutsche  
25 Hebammenverband fordert deshalb einen Haftpflichtfonds, der für Schäden aufkommt, die über  
26 einer bestimmten Deckungssumme liegen. Damit könnte die Preisspirale bei den Prämien  
27 gestoppt werden. Diese Forderung unterstützen wir. Die Expert\*innen in diesem Fall sind  
28 Fachverbände, die bei der Entwicklung ausführlich zu befragen sind. Die deutsche Politik hat zwar  
29 2015 den sog. Sicherstellungszuschlag eingeführt, der diesem Problem Abhilfe schaffen soll, der  
30 deutsche Hebammenverband jedoch bezeichnete diese Regelung als zu kurzgreifend. Künftig soll  
31 für alle in der Geburtshilfe tätigen freiberuflichen Hebammen nur noch der Sicherstellungszuschlag  
32 gelten. Dieser gleicht jedoch nicht die vollständige Prämie von derzeit 6.274,32 Euro aus, sondern  
33 erstattet maximal 4.340,03 Euro. Für die in der Geburtshilfe tätigen Hebammen bedeutet die neue  
34 Form des Ausgleichs eine Verschlechterung.

35 Denn neben dem unvollständigen Ausgleich fallen die bisherigen Vergütungen für  
36 Haftpflichtkosten weg. Zudem muss eine Hebamme in dem Quartal, für das sie den  
37 Sicherstellungszuschlag beantragt, auch mindestens eine geburtshilfliche Leistung mit der  
38 Krankenkasse abrechnen können. Berechtig sind nur Hebammen, die mindestens vier Geburten  
39 im Jahr betreut haben. Die Form der neu eingeführten Ausschlusskriterien macht es aber  
40 Hebammen in der Hausgeburtshilfe zukünftig unmöglich, Geburten verbindlich zu planen.

## 41 **Gute Ausbildung auch für Hebammen**

42 Wie oben geschildert sind die Ausbildungsbedingungen für Hebammen/Entbindungspfleger  
43 immer noch zu schlecht. Deswegen fordern wir auch hier eine Mindestausbildungsvergütung, die  
44 es ermöglicht, von der Ausbildungsvergütung zu leben. Auch fordern wir die Schaffung von mehr

1 Ausbildungsplätzen für Hebammen. Hierzu ist es möglich das Instrument einer  
2 Ausbildungsplatzumlage zu nutzen, aber auch die staatlichen Hochschulen zu fördern, welche  
3 aktuell Hebammenkunde als Bachelor anbieten. Die Akademisierung dieses Berufes ist notwendig,  
4 um die europäische Vergleichbarkeit der Abschlüsse gewährleisten zu können. Deutschland ist  
5 momentan das einzige europäische Land, in dem kein Bachelor für die Ausübung der Geburtshilfe  
6 benötigt wird. Damit würde der EU-Richtlinie 2013/55/EU Folge geleistet werden, die vorsieht, die  
7 Abschlüsse anzugleichen.

### 8 **Gute Ausbildung reicht uns nicht, gebt uns gute Arbeit!**

9 Im Kranken- und Geburtshäusern haben sich die Arbeitsbedingungen von Hebammen und  
10 Entbindungspflegern deutlich verschlechtert. Die empfohlene 1:1 Betreuung ist nicht mehr  
11 umsetzbar, oft betreut eine Hebamme/ ein Entbindungspfleger mehrere Gebärende, sodass die  
12 Reaktionszeit bei Notfällen auch manchmal durch die personelle Besetzung verlängert wird. Auch  
13 leiden Hebammen und Entbindungspfleger wie viele andere Gesundheits- und Sozialberufe unter  
14 der geringen Bezahlung, oft müssen zusätzliche Versicherungsbeiträge vom eigenen Gehalt  
15 bezahlt werden.

16 Wir fordern die Umsetzung von 1:1 Betreuung bei jeder Geburt und eine angemessene Bezahlung,  
17 die der Wichtigkeit dieses Berufsstandes angemessen ist. Hierzu müssen nicht nur die  
18 Arbeitsbedingungen verbessert, sondern auch mehr gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen  
19 werden. Konkret wollen wir eine deutliche Erhöhung von Pauschalen für Geburten selbst sowie  
20 ausreichende Erstattung von Material, angemessene Zuschläge für Dienstleistungen wie 24h-  
21 Rufbereitschaft und einen besseren Stundenlohn für alle Vor- und Nachsorgeleistungen.  
22 Hebammen und Entbindungspfleger müssen entlastet werden!

23 In diesem Jahr hat beispielsweise der Berliner Senat einen runden Tisch einberufen, um der  
24 Situation rund um die Hebammen herr/frau zu werden. Doch diese Debatte muss bundesweit  
25 geführt werden und muss konkrete Verbesserungen für Hebammen und Entbindungspfleger zur  
26 Folge haben. Wir müssen bei diesem Thema endlich handeln. Deshalb fordern wir:

- 27 - einen Haftpflichtfonds, wie vom Deutschen Hebammenverband gefordert
- 28 - mehr Ausbildungsplätze und bessere Bedingungen für Hebammen/Entbindungspfleger
- 29 - mehr gutbezahlte Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen für  
30 Hebammen/Entbindungspflegerinnen in den Krankenhäusern
- 31 - eine Mindestausbildungsvergütung
- 32 - dass die Vergütung der Hebammen soll tariflich gesichert wird
- 33 - dass es keinen Abbau der Arbeitsplätze durch sinkende Geburtsraten geben soll

## **U1\_1/17 Atmosphäre als kostenloses Treibhausgas Endlager? – Treibhausgas-Steuer, jetzt!**

1 Der Klimawandel und die damit verbundenen Auswirkungen auf unsere direkte Umwelt ist und  
2 wird eine der größten Aufgaben des 21. Jahrhunderts sein.  
3 Wir als Jusos müssen dazu konkret Stellung beziehen und ein sozialverträgliches und  
4 arbeiter\*innenfreundliches Umweltkonzept entwickeln, welches die Reduzierung des Treibhausgas  
5 Ausstoßes bewirkt.

6 Die Kosten für Klimafolgen sowie Umweltschäden sollen Unternehmen und Verbraucher\*innen,  
7 die Treibhausgas-Emissionen verursachen, mit einem deutlichen Preissignal mitgeteilt werden.  
8 Dabei muss die Bevölkerung auf die entstehenden Kosten für die anfallenden Umweltschäden  
9 sensibilisiert werden.

10 Laut Weltbank existieren bereits in 15 Ländern unterschiedliche Varianten einer Treibhausgas -  
11 Steuer. Es ist längst überfällig, dass Deutschland diesen Schritt auch geht und die Atmosphäre  
12 nicht länger als kostenloses Treibhausgas Endlager von der Wirtschaft verwendet wird. Die  
13 kapitalistische Wirtschaftsordnung befördert dieses Problem, weshalb die finanzielle Belastung  
14 hauptsächlich auf die Unternehmen und nicht auf die Endverbraucher\*innen übertragen werden  
15 darf.

16 Die Treibhausgas -Steuer ist dabei ein effektives „ökonomisches Instrument“, mit der sich eine  
17 kosteneffektive Reduzierung von Emissionen aus fossilen Energien erreichen lässt, wie es die  
18 Weltbank formuliert. Auch der wissenschaftliche Beirat vom Bundeswirtschaftsministerium hat  
19 2012 bereits einen Bericht veröffentlicht, in dem die Treibhausgas -Steuer als ein Mittel  
20 beschrieben wird, welches einen Preis für fossile Brennstoffe kreiert, der losgelöst von Verteilungs-  
21 und Gerechtigkeitsfragen entsteht.

22 Dass die Treibhausgas Steuer wirken kann, beweist unter anderem die  
23 kanadische Provinz British Columbia seit dem Juli 2008, als eine Carbon tax in Höhe von 10\$ pro  
24 Tonne Treibhausgas Ausstoß auf fossile Brennstoffe eingeführt wurde. Der Steuersatz wurde  
25 allmählich auf 30 \$ im Jahr 2012 gesteigert.

26 Seit Einführung der Steuer ist der pro-Kopf-Verbrauch von Brennstoffen in British Columbia um  
27 17,4 % zurückgegangen, während er im übrigen Kanada um 1,5 % gestiegen ist.

### **28 Gesetzliche Grundlage**

29 Die EU-Energiesteuerrichtlinie (2003/96/EG) vom 27. Oktober 2003 als Rahmengesetzgebung in der  
30 Europäischen Union ist die Rechtsgrundlage für einzelne Treibhausgas-Steuern, wie der  
31 Kerosinsteuer in den jeweiligen Mitgliedsstaaten. Der Verbrauch von Energie ist laut der EU für  
32 79 % der Treibhausgasemissionen insgesamt verantwortlich. Deshalb haben sich die  
33 Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, nationale Ziele für die Energieeffizienz festzulegen. Vor diesem  
34 Hintergrund hat die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Änderung der  
35 Energiesteuerrichtlinien vorgelegt, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen soll, einen Rahmen für  
36 die CO<sub>2</sub>-Besteuerung auf dem Binnenmarkt zu schaffen.

## 1 **Umsetzung**

2 Im Rahmen des ökologischen Allgemeininteresses ist zu einer sukzessiven Einführung der CO<sub>2</sub>-  
3 Steuer zu raten, da Unternehmen einige Zeit benötigen, um die nötigen Investitionen und ihre  
4 Produktion auf emissionsärmere Technologien und Güter umzustellen. Um die administrativen  
5 Kosten der Steuer niedrig zu halten, ist es erstrebenswert sie an wenigen, leicht kontrollierbaren  
6 Stellen zu erheben. Das spricht dafür, die Steuer direkt bei dem Import fossiler Brennstoffe zu  
7 erheben. Dabei muss auch der Importstrom, gemäß seinem CO<sub>2</sub>-Gehalt besteuert werden, um  
8 somit einen fairen Handel zu ermöglichen. Denn die Schwächung des heimischen Energiemarktes  
9 kann nicht im Interesse der Gesetzgeber\*innen sein.

10 Der Emissionshandel ist bereits ein auf EU Ebene existierendes Instrument um vor allem den durch  
11 den Bereich Strom und Industrie verursachten Schaden zu besteuern. Durch die Ergänzung der  
12 Treibhausgas-Steuer können dabei auch Steuern auf den Verkehrsbereich, also auf Benzin und  
13 Diesel erhoben werden.

14 Hinzu gibt die Treibhausgas -Steuer nicht, wie der Emissionshandel Freibeträge aus, somit wird  
15 jede Tonne des Treibhausgas Ausstoßes einzeln besteuert.

## 16 **Marktanreize schaffen um Emissionen zu reduzieren**

17 Durch die Treibhausgas -Steuer kann ein reziprokes Belohnungs- und Bestrafungssystem  
18 eingerichtet werden. Demnach kann von den eingenommenen Geldern Klimareparatur durch Geo  
19 Engineering gefördert werden und Anreize für emissionsmindernde Innovationen geschaffen  
20 werden.

21 Denkbar ist auch, Kohlenstoff senkende Projekte, zum Beispiel Aufforstungsprojekte, mit einer  
22 „negativen Steuer“ zu versehen, also zu subventionieren. Das einzige Ziel ist dabei die Umwelt zu  
23 schützen und keine staatlichen Förderprogramme für Unternehmen einzurichten, um Investitionen  
24 zu tätigen, die in der Eigenverantwortung liegen und dem reinen Eigenbedarf, der  
25 Kapitalakkumulation, dienen.

## 26 **Zukunft**

27 Eine national eingeführte Treibhausgas -Steuer kann nicht der „grauen Emissionen“, das heißt der  
28 Emissionen, die im Ausland bei der Produktion importierter Güter entstanden sind,  
29 entgegenwirken und kann auch nicht die Verlagerung emissionsintensiver Produktion ins Ausland,  
30 das so genannte Carbon Leakage, vermeiden.

31 Klimawandel stoppt nicht an nationalen Grenzen, deshalb muss das langfristige Ziel und der  
32 Anspruch der Jusos sein, sich für eine weltweit geltende Treibhausgas Steuer einzusetzen.

**Antragssteller\*innen:** Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Der YES-Kongress möge beschließen

## **U2\_2/17 Act smart – get safe: Gerätehersteller\*innen verpflichten, Verbraucher\*innen schützen!**

1 Immer mehr Geräte verfügen über eine Internetanbindung, egal ob PCs, Smartphones, Tablets,  
2 Wearables, Smart-TVs oder smarte Haushaltsgeräte, wie Kühlschränke. Wenn alles mit jedem  
3 kommuniziert, kommt dem Aspekt der Geräte-Sicherheit eine besondere Rolle zu. Während bei  
4 Computern regelmäßige Sicherheitsupdates bei den gängigen Betriebssystemen (Windows,  
5 MacOS, Linux) mittlerweile die Regel sind, stellt sich die Situation bei den anderen internetfähigen  
6 Geräten, insbesondere bei Smartphones, problematischer dar. So laufen Medienberichten zufolge  
7 beispielsweise 90% aller Android-Geräte mit veralteter Software. Die Ursache liegt dabei in erster  
8 Linie nicht bei den User\*innen, denn viele Hersteller\*innen bieten notwendige Sicherheitsupdates  
9 entweder gar nicht, nur in unregelmäßigen Abständen oder nur für ihre aktuellsten Geräte an.

10 Leidtragende sind die Nutzer\*innen, denn die von ihnen verwendeten Geräte können auf  
11 unterschiedlichste Art und Weise angegriffen werden. Da auf Mobilgeräten vielerlei persönliche  
12 Daten zusammenlaufen (E-Mail, Banking, Social Media, Fotos), sind die Auswirkungen möglicher  
13 Attacken enorm. Mittlerweile sind immer mehr klassische Haushaltsgegenstände mit dem Internet  
14 verbunden. Auch Angriffe auf Smart-Home Technologien oder die Bordcomputer in modernen  
15 Autos sind mit enormen Risiken verbunden. Schon alleine, weil auch hier zahlreiche persönliche  
16 Daten gespeichert und verwertet werden.

17 Dieses Risiko ist minimierbar! Hierzu müssen die Hersteller\*innen Sicherheitsupdates kontinuierlich  
18 bereitstellen. Am Beispiel des Android-Betriebssystems lässt sich feststellen, dass Google  
19 notwendige Updates aktuell freiwillig bereitstellt, diese jedoch nur von wenigen Hersteller\*innen  
20 an die Nutzer\*innen weitergegeben werden.

21 Da nicht zu erwarten ist, dass sich diese Situation ohne Eingreifen der Politik verbessern wird, muss  
22 der Gesetzgeber zum Wohle der Verbraucher\*innen tätig werden und die kontinuierliche  
23 Versorgung mit Sicherheitsupdates gegenüber den Hersteller\*innen durchsetzen. Die  
24 Hersteller\*innen müssen verpflichtet werden, regelmäßige Sicherheitsupdates der auf den Geräten  
25 installierten Software durchzuführen. Insbesondere muss die Haftung im Schadensfall bei den  
26 Hersteller\*innen und nicht bei den Nutzer\*innen liegen.

27 Aufgrund der Schnelllebigkeit der heutigen Technologie sind Updates über einen unbegrenzten  
28 Zeitraum jedoch nicht sinnvoll umzusetzen. Deshalb müssen für die verschiedenen



1   Gerätegattungen jeweils verbindliche Zeiträume durch den Gesetzgeber festgelegt werden, in  
2   denen eine kontinuierliche Versorgung mit Softwareupdates durch die Hersteller\*innen  
3   sichergestellt sein muss.

4   Grundlage für die Festlegung einer Mindestunterstützung mit Sicherheitsupdates könnte die  
5   jeweilige durchschnittliche Nutzungsdauer der Geräte sein. So wird ein Smartphone im Schnitt 2,5-  
6   3 Jahre verwendet. Kühlschränke jedoch werden in der Regel 7 Jahre verwendet und sollen durch  
7   die Hersteller\*innen über einen entsprechenden Mindestzeitraum ab Kauf aktualisiert werden,  
8   sofern sie internetfähig sind. Die Versorgung mit Sicherheitsupdates soll dabei das  
9   zweieinhalbfache der jeweiligen durchschnittlichen Nutzungsdauer der Geräte, wie sie das  
10   Bundesfinanzministerium angibt, ab Kauf keinesfalls unterschreiten. Um eine langfristige  
11   Weiterverwendung der Geräte sicherzustellen, soll im Falle keiner weiterer Updates durch den  
12   Hersteller – auch nach der Mindestunterstützung von Sicherheitsupdates – dieser dazu verpflichtet  
13   sein, den Quellcode für nicht-kommerzielle Zwecke bereitzustellen, so dass eine  
14   Weiterentwicklung durch die Öffentlichkeit und von Privatpersonen möglich ist.

15   Darüber hinaus sollen Hersteller\*innen verpflichtet werden, ihre Unterstützung mit  
16   Sicherheitsupdates transparent vor Kauf darzulegen, beispielsweise durch eine  
17   Kennzeichnungspflicht nach dem Vorbild der europäischen Energieverbrauchskennzeichnung.

18   Es ist sicherzustellen, dass nur Geräte in den Verkehr gebracht werden dürfen, die diese  
19   Anforderungen erfüllen. Halten die Hersteller\*innen ihre Verpflichtungen nach Kauf nicht ein,  
20   sollen sie wirksam in Regress genommen werden können. Hierfür sind entsprechende Regelungen  
21   mit empfindlichen Strafen auf europäischer Ebene zu schaffen.

22   Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und der S&D-Fraktion im Europäischen  
23   Parlament auf, entsprechend tätig zu werden.

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **U3\_2/17 Autoverkehr – aber bitte klimafreundlich! oder Die Zukunft ist emissionsfrei!**

1 Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist Deutschland entgegen mancher  
2 Behauptungen kein Vorreiter. Bestes Beispiel hierfür ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, welcher im letzten Jahr  
3 nicht reduziert wurde, sondern sogar wieder anstieg. Die Umweltbelastungen einer nicht  
4 nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise senken die Lebensqualität – besonders zukünftiger  
5 Generationen. Während im Bereich der erneuerbaren Energien bereits viele Fortschritte erreicht  
6 werden konnten, wird die zur Erreichung der Pariser Klimaziele notwendige Verkehrswende aktuell  
7 nicht entschieden angepackt. Dabei müssten hier dringend die Weichen für eine nachhaltige  
8 Verkehrspolitik gestellt werden.

9 Wichtige Instrumente nachhaltiger Mobilität sind der Ausbau des öffentlichen  
10 Personennahverkehrs sowie des Fuß- und Radwegenetzes. Der Manipulationsskandal seitens der  
11 Automobilindustrie zeigt aber auch, dass der motorisierte Individualverkehr in seiner jetzigen Form  
12 wesentlich zu der schlechten Klimabilanz beiträgt und somit keine Zukunft mehr hat.

13 Der Transformationsprozess weg vom Verbrennungsmotor ist bereits in vollem Gange. Durch die  
14 rasante Entwicklung elektrischer Antriebe und digitaler Angebote stellt sich diese Frage nach  
15 Alternativen zunehmend dringender. Dieser Wandel muss gestaltet werden! Während in Europa  
16 bereits viele Länder wie Norwegen, Frankreich und Großbritannien mittelfristig keine Neuwagen  
17 mit Verbrennungsmotoren mehr zulassen wollen, werden in Deutschland die Augen vor der  
18 Entwicklung in Richtung Elektromobilität verschlossen. Unmittelbar betroffen von den verfehlten  
19 Planungen sind die Bewohner\*innen von Städten und großen Verkehrsstraßen, denn ihre  
20 Gesundheit wird damit aufs Spiel gesetzt. Da seitens der Gesetzgeber\*innen bisher zu wenig für  
21 die Einhaltung der Schadstoffgrenzen getan wurde, drohen in vielen Städten Fahrverbote per  
22 Gerichtsbeschluss. Dies geht wiederum vor allem zu Lasten von kleinen und mittleren Betrieben  
23 und Menschen, die sich keine kurzfristigen Umrüstungen leisten können. Es ist das Ergebnis einer  
24 Verkehrsplanung zu Gunsten der Automobilbranche. Für eine klima- und sozial gerechte  
25 Verkehrspolitik sind jedoch weitreichende Veränderungen zwingend notwendig. Das bisherige  
26 fossile Geschäftsmodell der deutschen Autobauer\*innen braucht eine zeitliche Begrenzung. Nur  
27 wenn der Verbrennungsmotor ein konkretes Enddatum erhält, wird notwendige Kreativität  
28 freigesetzt und der Innovationsgeist geweckt, mit denen die Konzerne ihr Geschäftsmodell so  
29 umbauen können, dass sowohl das Klima geschützt wird als auch Arbeitsplätze erhalten bleiben.  
30 Die hohen Subventionen für die dadurch niedrig gehaltenen Dieselpreise können viel besser für  
31 nachhaltige Mobilitätskonzepte genutzt werden.

32

33 Wir fordern daher:

- 1 · Umweltschädliche Subventionen verhindern eine klimagerechte Verkehrspolitik und  
2 müssen deshalb sukzessive abgebaut werden. Das Privileg für den Dieselmotor bei der  
3 Mineralölsteuer wird abgeschafft.
- 4 · Die Schadstoffgrenzen müssen eingehalten und Elektromobilität vorangetrieben werden.  
5 Ab 2030 werden dürfen keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor in Deutschland zugelassen  
6 werden. Die dafür notwendige Infrastruktur muss jetzt geschaffen werden.
- 7 · Die Automobilhersteller\*innen müssen für das Erreichen der Umwelt- und Klimaziele im  
8 Verkehrssektor in die Pflicht genommen werden. Autos, die die Grenzwerte auf der Straße nicht  
9 einhalten, müssen auf Kosten der Konzerne nachgebessert und wo nötig umgetauscht werden.
- 10 · Eine verbindliche Quote für emissionsfreie Antriebe soll unverzüglich sowohl in  
11 Deutschland als auch in der Europäischen Union eingeführt werden. Diese wird von einem  
12 Expert\*innengremium jährlich evaluiert und an die Entwicklung angepasst. Somit werden  
13 Innovationen stärker vorangetrieben.
- 14 · Für eine wirksame Verkehrswende muss Mobilität auch jenseits des motorisierten  
15 Individualverkehrs gestaltet werden. Der ÖPNV und der Radverkehr sind daher sowohl in urbanen  
16 als auch ländlichen Regionen echte Alternativen zum Auto auszubauen. Des Weiteren sollen  
17 Ansätze zur Reduzierung des Autoverkehrs gefördert werden.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **V1\_2/17 Sicherheit für Radfahrer\*innen an Kreuzungen kurzfristig und dauerhaft verbessern**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats auf,  
2 darauf hinzuwirken, dass auf allen Straßen des übergeordneten Straßennetzes, auf denen noch  
3 keine Fahrradstreifen existieren bzw. keine geplant sind sowie auf allen Nebenstraßen, die  
4 Sicherheit für Radfahrer\*innen erhöht wird.

5 Dazu sind mindestens drei Maßnahmen durchzuführen:

- 6 1. Eine Radwegfurt mit Fahrradpiktogramm und roter Einfärbung muss eingerichtet werden.  
7 Diese müssen das Einfädeln in einen beginnenden Radweg bzw. das Überqueren und  
8 Abbiegen an Ampelkreuzungen und Vorfahrtsstraße sichern, indem sie sich optisch klar  
9 von der Fahrbahn abgrenzen.
- 10 2. An Straßen mit Parkspur muss die Radwegfurt mindestens am ersten möglichen Parkplatz  
11 vor der Kreuzung beginnen, um das Einfädeln tatsächlich sicher zu gestalten.
- 12 3. Je nach Situation ist das absolute Halteverbot ggf. um eine Fahrzeuglänge zu vergrößern. In  
13 jedem Fall müssen aber die beginnenden Zonen des absoluten Halteverbots mit  
14 Sperrflächen markiert werden. Damit das Halteverbot nicht umgangen werden kann,  
15 müssen geeignete bauliche Maßnahmen umgesetzt werden, wie z.B. das Aufstellen von  
16 Baken. Diese erhöhen zusätzlich die optische Aufmerksamkeit der Autofahrer\*innen.

17 Diese Maßnahmen sind unabhängig von mittelfristig geplanten Straßenbaumaßnahmen  
18 durchzuführen. Dies gilt insbesondere für Kreuzungen, die nicht kurzfristig mit Fahrradanlagen  
19 ausgestattet werden sollen, wie Nebenstraßen, die nicht zu Fahrradstraßen umgebaut oder  
20 Hauptstraßen, die nicht kurzfristig mit Radwegen ausgestattet werden sollen. Mit diesen  
21 unaufwendigen Mitteln kann die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer\*innen an allen Kreuzungen  
22 kurzfristig und dauerhaft verbessert werden.

23 Laut amtlicher Statistik kam es in Berlin im Jahr 2016 zu 7.495 registrierten Verkehrsunfällen mit  
24 Radfahrer\*innenbeteiligung. Im selben Jahr sind gleichzeitig 19 Radfahrer\*innen durch  
25 Verkehrsunfälle ums Leben gekommen – 9 mehr als im Jahr zuvor. Jeder dritte im Straßenverkehr  
26 verunglückte Mensch wird bei Unfällen mit Radfahrer\*innenbeteiligung gezählt. Am häufigsten  
27 entstehen Unfälle zwischen Auto- und Fahrradfahrer\*innen beim Abbiegen durch deutliches  
28 Fehlverhalten der Autofahrer\*innen.

29 Diese kurze Auflistung aussagekräftiger Zahlen zeigt: Das Radfahren ist in Berlin noch immer  
30 lebensgefährlich. Gleichzeitig nutzen immer mehr Menschen dieses Verkehrsmittel und zwar längst  
31 nicht mehr nur im Innenstadtbereich oder um den Weg zur nächsten ÖPNV-Anbindung zu  
32 überbrücken. Das Fahrrad wird immer mehr zum flexiblen und konstant genutzten Substitut. Eine  
33 positive Entwicklung, sowohl für die Umwelt, als auch die Lebensqualität in der Stadt an sich. Umso

1 mehr ist es die Verantwortung der Politik, dieser Entwicklung zum einen Rechnung zu tragen und  
2 sie zum anderen weiter zu fördern.

3 Die im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag festgehaltenen Maßnahmen gehen dabei in die richtige  
4 Richtung. An Hauptstraßen soll demnach ein Radstreifen errichtet werden, oft mit physischer  
5 Trennung des Radverkehrs vom Auto- und Fußgängerverkehr. Auf Nebenstraßen soll dazu ein Netz  
6 aus Fahrradstraßen entstehen. Dies sollte zügig umgesetzt werden und wird die Sicherheit  
7 verbessern.

8 Es bleiben allerdings Lücken an vielen Straßen und Kreuzungen. Diese entstehen durch lange  
9 Planungszeiträume und vor allem dadurch, dass viele Kreuzungen durch die Vorhaben der  
10 Koalition nicht abgedeckt sind. Die Forderungen des Antrags sollen helfen, diese Lücken zu  
11 schließen. Dadurch, dass sie vor allem auf die Gefahren beim Abbiegen an Kreuzungen eingehen,  
12 kann die Sicherheit durch kurzfristige und unaufwendige Lösungen schnell und deutlich erhöht  
13 werden.

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## V2\_2/17 Mehr Mobilität wagen!

1 Die soziale Spaltung der Gesellschaft, welche sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter vertieft  
2 hat, zeigt sich auch im Bereich der Mobilität. Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche  
3 Teilhabe. Wie viel Mobilität sich ein Mensch leisten kann, entscheidet darüber, welche Arbeitsplätze  
4 für eine Person überhaupt in Frage kommen. Soziale Gerechtigkeit erfordert mithin Mobilität für  
5 alle.

6 Deshalb ist für uns klar: Die Verkehrsinfrastruktur – Straßen, Schienennetze und die Anbieter  
7 öffentlichen Verkehrs – gehören als Teil der Daseinsvorsorge in staatliche Hand. Dies ist für uns  
8 unverhandelbar!

9 Es reicht jedoch nicht, irgendeine Art von Mobilität zu ermöglichen. Gerade für das Ziel eines  
10 wirksamen Umwelt- und Klimaschutzes – welcher ebenso Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit  
11 ist – ist entscheidend, wie Mobilität ermöglicht wird. Es genügt eben nicht, einigen wenigen den  
12 Kauf eines Elektroautos zu ermöglichen. Wenn die Klimaschutzziele von Paris tatsächlich erreicht  
13 werden sollen, brauchen wir die umfassende Mobilitätswende. Wir wollen emissionsfreie Mobilität  
14 für alle Menschen, in den Städten und auf dem Land!

### 16 Für einen besseren und sozial gerechteren ÖPNV

17 Leider ist es immer noch an der Tagesordnung, dass Menschen Gefängnisstrafen absitzen müssen,  
18 weil sie sich den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht leisten konnten. Die  
19 Kriminalisierung von Menschen in prekären Lebenssituationen, die genauso auf Mobilität  
20 angewiesen sind wie die Mehrheitsbevölkerung, hat allein die Stigmatisierung der Betroffenen zur  
21 Folge. Es gibt keine nachvollziehbare Begründung für diese Unterstrafstellung!

22 Mit der fortschreitenden Gentrifizierung beobachten weiterhin, dass Stadtgebiete, die besser an  
23 den ÖPNV angeschlossen sind, zunehmend unerschwinglich für breite Teile der Bevölkerung sind.  
24 Stattdessen sind immer mehr Menschen gezwungen in Wohngebiete zu ziehen, die durch den  
25 ÖPNV nur unzureichend oder gar nicht erschlossen sind. Gerade in ländlichen Gebieten, teilweise  
26 aber auch in Stadtrandbezirken ist es bisweilen unmöglich, sich zu bestimmten Tages- oder  
27 Nachtzeiten ohne Führerschein innerhalb oder aus der unmittelbaren Umgebung heraus zu  
28 bewegen. Auch aus diesem Grund sind viele Menschen immer noch auf das Auto angewiesen,  
29 geben aber in Umfragen mehrheitlich an, dass sie beim Vorliegen entsprechenden Alternativen  
30 gern auf den ÖPNV umsteigen würden. Ein Wechsel vom individualisierten Verkehr hin zum ÖPNV  
31 ist auch aus Klimaschutzgründen wünschenswert. Deswegen müssen wir den ÖPNV attraktiver und  
32 gleichzeitig umweltschonender gestalten.

### 34 Deshalb fordern wir:

35 - den massiven Ausbau des ÖPNV, unter anderem durch Erhöhung der Regionalisierungsmittel des  
36 Bundes. Der Fokus soll auf der Stärkung des Schienennahverkehrs liegen. Innerhalb von Städten

1 soll dies insbesondere durch die Verlängerung und den Ausbau von Straßenbahnstrecken  
2 geschehen, da diese im Vergleich besonders kosteneffizient und umweltschonend sind. Wo der  
3 Einsatz von Straßenbahnen nicht möglich ist, sollen Buslinien durch Elektrofahrzeuge bedient  
4 werden.

5 - die Entkriminalisierung des „Schwarzfahrens“ durch die Streichung der Worte „die Beförderung  
6 durch ein Verkehrsmittel“ in § 265a Abs. 1 StGB

7 - die Durchsetzung des fahrscheinlosen ÖPNV

## 9 **Die Deutsche Bahn kann mehr**

10 Busverbindungen zwischen Städten haben seit der Liberalisierung des Fernbusmarktes immer  
11 mehr an Bedeutung gewonnen, weil die Deutsche Bahn gerade für Azubis, Studierende und  
12 Rentner\*innen kaum mehr erschwinglich ist und nun eine günstige Alternative zur Verfügung  
13 steht. Ein weiterer Grund für das massive Wachstum des Fernbusmarktes liegt darin, dass viele  
14 Fernbusse auch kleinere Städte anfahren, während viele Mittelzentren in den letzten Jahrzehnten  
15 ihren Anschluss an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn verloren haben. Nicht zuletzt wegen  
16 der vergleichsweise hohen Umweltverträglichkeit der Bahn auf Langstrecken möchten wir diese  
17 Verlagerung des Fernverkehrs von der Schiene auf die Straße stoppen. Unser Ziel ist es, möglichst  
18 viele Menschen zu einem Umstieg vom Fernbus bzw. dem PKW auf den Schienenfernverkehr zu  
19 bewegen. Dafür müssen wir das Angebot der Deutschen Bahn deutlich attraktiver machen.

## 21 **Deshalb fordern wir:**

- 22 – den Ausbau der Schieneninfrastruktur, etwa durch den Neubau und die Reaktivierung von  
23 Strecken
- 24 – Als Grundlage der Aus- und Neubauprioritäten muss der Deutschlandtakt zur  
25 Gewährleistung geringer Umsteigezeiten dienen.
- 26 – den Anschluss aller Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern an das Fernverkehrsnetz der  
27 Deutschen Bahn. Wir begrüßen den Bau von Hochgeschwindigkeitsstrecken, lehnen das  
28 „Abhängen“ ganzer Regionen jedoch ab.
- 29 – Investitionen in die Verbesserung der Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs, insbesondere  
30 durch den Ausbau von viel befahrenen Trassen
- 31 – die Ausweitung der LKW-Maut auf Busse bei gleichzeitiger Erhöhung der Maut und die  
32 Investition der Mehreinnahmen in den Schienenverkehr
- 33 – die Abschaffung der Schienenmaut im Personenverkehr
- 34 – eine stärkere Subventionen der Ticketpreise für die Deutsche Bahn durch Bundesmittel
- 35 – die endgültige Beendigung sämtlicher Privatisierungspläne der Deutschen Bahn
- 36 – den nächsten Bundesverkehrswegeplan mit starkem Fokus auf Bahnverkehr auszurichten
- 37 – die Deutsche Bahn muss aufgefordert werden, die voranschreitende Schließung von  
38 Güterumschlagplätzen zwischen Straße und Schiene zu stoppen

## 40 **Für einen flüssigeren Fahrradverkehr**

1 Obwohl in den letzten Jahren bereits viele Menschen auf das Fahrrad als tägliches  
2 Fortbewegungsmittel umgestiegen sind, scheuen sich viele noch vor diesem Schritt, weil die  
3 Straßeninfrastruktur immer noch eindeutig auf den Automobilverkehr ausgerichtet ist.  
4 Beispielsweise verfügen gerade einmal 50% der Bundesstraßen über Fahrradwege. Sind  
5 Fahrradwege vorhanden hören sie gelegentlich abrupt auf und können sich damit sogar als  
6 Sicherheitsrisiko für Fahrradfahrer\*innen herausstellen. Das Fahrrad ist das mit Abstand  
7 umweltfreundlichste und gesundeste Fortbewegungsmittel. Um möglichst vielen Menschen die  
8 Nutzung des Fahrrads zu ermöglichen, muss in der Verkehrsplanung und –politik deutlich stärker an  
9 den Bedürfnissen des Fahrradverkehr ausgerichtet werden. Gleichzeitig soll keine  
10 Konkurrenzsituation zwischen Rad und ÖPNV und den jeweiligen Nutzer\*innen entstehen.  
11 Vielmehr müssen beide Mobilitätskonzepte sinnvoll miteinander verknüpft werden.

12

### 13 **Wir fordern:**

- 14 – den Ausbau von Radschnellwegen
- 15 – die Ausstattung aller Bundesstraßen mit Fahrradwegen bis 2020
- 16 – den Ausbau der Ladestationen für E-Bikes
- 17 – die Schaffung sicherer Abstellmöglichkeiten für Fahrräder im öffentlichen Raum
- 18 – die Einbeziehung von Leihradssystemen in den ÖPNV-Tarif
- 19 – den nächsten Bundesverkehrswegeplan mit starkem Fokus auf den Fahrradverkehr
- 20 auszurichten
- 21 – die endgültige Trennung zwischen Eisenbahnverkehrsunternehmen und
- 22 Infrastrukturunternehmen Deutsche Bahn. Nur so ist ein diskriminierungsfreier Zugang des
- 23 mit Steuermitteln finanzierten Schienennetzes für alle möglich.